

GRÜN IST DIE ZUKUNFT!

Kommunalwahlprogramm von
Bündnis 90 / Die GRÜNEN
für Osnabrück!

Wir machen das klar!

GRÜNE

WWW.GRUENE-OSNABRUECK.DE



UNSERE INHALTE IM ÜBERBLICK:

I. Osnabrück als GRÜNE Stadt	3
1. Für ein GRÜNES Osnabrück mit lebendigen Stadtteilen	
2. Klima- und Umweltschutz – für ein GRÜNES und gesundes Osnabrück	
3. Mobilität ermöglichen – ökologisch, modern, sozial, GRÜN	
II. Kommune heißt gemeinsam	18
1. Osnabrück für Kinder, Jugend und Familie	
2. Osnabrück wird älter	
3. Für ein barrierefreies Osnabrück	
4. Frauenpolitik stärken!	
5. Osnabrück für Lesben und Schwule	
6. In Osnabrück gesund und aktiv leben!	
7. Kultur- und Friedensstadt Osnabrück	
8. Für mehr Solidarität: Ungerechtigkeit, Arbeitslosigkeit und Armut bekämpfen!	
III. Für eine aktive kommunale Bildungspolitik!	39
IV. Demokratie stärken – durch Beteiligung und Transparenz	45
V. Nachhaltige Wirtschaft – für die Menschen und die Stadt!	50
VI. Kommunale Handlungsfähigkeit sichern – für nachhaltige Finanzpolitik!	58

I. Osnabrück als GRÜNE Stadt

Wir GRÜNE richten unsere gesamte Politik am Grundsatz der Nachhaltigkeit aus. Unsere Entscheidungen müssen die Lebensgrundlagen für kommende Generationen sichern. Auch heute kann die Lebensqualität in Osnabrück nur mit einer sozial gerechten und ökologisch verträglichen Politik gesichert und verbessert werden. Unsere Lebensweise muss die Bedürfnisse aller Menschen berücksichtigen und darf nicht auf Kosten der Natur gehen. Zukunftsorientierte Stadtentwicklungspolitik bedeutet für uns GRÜNE einen verantwortlichen und schonenden Umgang mit knapper werdenden Ressourcen durch konsequenten Umwelt- und Klimaschutz sowie eine vorausschauende Flächennutzung und Verkehrsplanung. Angenehme Lebensbedingungen in allen Stadtteilen sind zugleich die Basis für ein funktionierendes Zusammenleben in Osnabrück.

Für ein GRÜNES Osnabrück mit lebendigen Stadtteilen

Wir wollen, dass sich alle OsnabrückerInnen in unserer Stadt wohlfühlen. Voraussetzung dafür sind lebendige Stadtteile und eine gesunde Umwelt. Wir GRÜNE setzen uns seit Jahren dafür ein, die Lebensqualität Osnabrücks durch einen effektiven Klima- und Umweltschutz sowie durch eine nachhaltige Stadtentwicklung zu verbessern.

Wir wollen Osnabrück als historisch gewachsene Stadt mit ihren Eigenheiten, ihrer funktionierenden Innenstadt und ihren bestehenden Stadtteilen bewahren und gleichzeitig Impulse für eine ökologische Modernisierung setzen. Nur so wird Osnabrück auch künftig eine lebens- und lebenswerte Stadt sein. Der demographische und klimatische Wandel stellen hierfür besondere Herausforderungen dar.

Lebensqualität in unserer Stadt

Lebensqualität, Gesundheit und Wohlbefinden sind ohne Natur undenkbar. Gerade in der Stadt sind Umweltgüter wie Boden, Luft, Wasser, Natur und Landschaft knapp und daher besonders zu schützen.

Osnabrück ist die einzige Großstadt Deutschlands, die sich mitten in einem Naturpark befindet. Eingebettet zwischen Wiehengebirge und

Teutoburger Wald reichen die Grünstreifen bis weit in das Stadtgebiet hinein. Diese sogenannten „Grünen Finger“ schaffen für Osnabrück eine einmalige Situation: Grün- und Naturflächen sind für alle Bürgerinnen und Bürger fußläufig erreichbar. Extreme Hitzetage im Sommer als Folge des globalen Klimawandels steigern die Bedeutung dieser Freiflächen als Kaltluftentstehungsflächen und Frischluftschneisen für das Stadtklima. Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass diese in der Stadt und um die Stadt herum erhalten bleiben. Dafür war die von uns durchgesetzte Reduzierung des Baugebietes „In der Gartlage“ und die Schonung der Eisdünen wichtig. Auch offene Wasserflächen wirken sich positiv auf das Stadtklima aus. Für uns GRÜNE bedeutet eine nachhaltige Stadtentwicklung einen sorgsamsten Umgang mit den knappen Flächen. Wir setzen auf ein konsequentes Flächenrecycling und werden dafür sorgen, dass ökologisch schädliche Ausweisungen von Wohnbau- und Gewerbeflächen nicht weiter verfolgt werden. Mit den vorhandenen Gewerbegebieten, dem Güterbahnhof, dem Klöcknergelände und den Kasernenflächen stehen derzeit genügend Reserven bereit. Ein Brachflächenkataster kann ein sinnvolles Instrument sein, um Nachfolgenutzungen im Stadtgebiet systematisch zu erleichtern.

Lebendige Stadt durch eine attraktive Innenstadt und vitale Stadtteile

Wir wollen die Stadtteile mit ihren vorhandenen Kernen erhalten und Osnabrück als Stadt der kurzen Wege weiter entwickeln. Voraussetzung für lebendige Stadtteile ist eine Vielfalt von Wohnangebot, Einzelhandel, Gesundheitsversorgung und Kultur sowie Arbeitsplätze und Erholungsmöglichkeiten. Wir wollen, dass ein Stadtteilentwicklungskonzept verfolgt wird, das diese Punkte berücksichtigt. Die vorhandenen Einzelhandelsstandorte in den Stadtteilen müssen gestärkt werden. Das Märkte- und Zentrenkonzept setzt hier die richtigen Entwicklungsschwerpunkte. Neuen Discountern und überdimensionierten Einkaufszentren auf der grünen Wiese erteilen wir deshalb eine Absage.

Bei einer Stadt von der Größe Osnabrücks muss die Innenstadt besondere Beachtung erfahren. Der Erhalt der Aufenthaltsqualität und der

Vielfalt der Einkaufsmöglichkeiten im Zentrum sind wichtig für die gesamte Region. Die Entwicklung des Einzelhandels ist entscheidend für die Anziehungskraft der Osnabrücker Innenstadt. Ansiedlungen von großen, abgeschlossenen Einkaufszentren lehnen wir ab, wenn sie die Vitalität der gewachsenen Einzelhandelsstruktur nachhaltig gefährden. Dies wird umso mehr der Fall sein, je mehr sie sich als große geschlossene Komplexe präsentieren.

Ein zentrales Projekt der Stadtentwicklung ist die Umgestaltung des Neumarktes. Unser Ziel ist die Befreiung des Neumarktes vom motorisierten Individualverkehr. Osnabrück braucht eine Mitte, an der das Stadtleben auch stattfinden kann. Die Trennung von Großer Straße und Johannisstraße wollen wir daher beenden. Zugleich ist der Neumarkt als Verkehrsknotenpunkt für Fußgänger, Radfahrer und NutzerInnen des ÖPNV unkomfortabel und gefährlich. Die oberirdische Querung des Neumarktes muss deshalb verbessert werden. CDU und FDP haben ohne Not Geld im maroden Tunnel versenkt. Damit muss endgültig Schluss sein. Die Innenstadt ist auch bei einer „Sperrung“ des Neumarktes für den Autoverkehr nach wie vor vollständig erreichbar. Die Reduzierung der Fahrbahnen ist für uns ein erster Schritt.

Ein weiterer Ansatzpunkt für die positive Entwicklung der Stadt ist der Hauptbahnhof. Am Bahnhofsvorplatz müssen Busse und Radfahrer weiter Vorfahrt haben. Darüber hinaus setzen wir uns für einen zusätzlichen Zugang an der Ostseite des Bahnhofs ein, um den Hasepark besser anzubinden und die dort vorhandenen Flächen attraktiver zu machen. Hierfür müssen die entsprechenden Flächen frei gehalten und konstruktive Gespräche mit der Deutschen Bahn geführt werden. Es ist richtig, beim Neubau der Humboldtbrücke einen östlichen Zugang zu den unteren Bahnsteigen zu berücksichtigen.

Wohnen in der Stadt

Um lebendig und attraktiv zu bleiben, braucht auch die Innenstadt eine gelungene Mischung aus Einzelhandel, Gastronomie und Wohnen. Jede Chance, im Zentrum attraktive Wohnmöglichkeiten zu schaffen,

soll daher genutzt werden. Die Attraktivität einer Stadt hängt unmittelbar mit dem Angebot an Wohnraum zusammen. Durch den Abzug der Briten sind viele Flächen und Wohnraum frei geworden. Ihre Nachnutzung bietet Chancen, der Zersiedelung der Landschaft entgegenzuwirken und ist ein Beispiel für die Anpassung der Stadtentwicklung an den sich wandelnden Bedarf. Dazu gehört die familien- und vor allem kindgerechte Stadtplanung. Kinderfreundliches Wohnen heißt unter anderem: Ausweitung der Verkehrsberuhigung, Verbesserung der Infrastruktur im unmittelbaren Umfeld und ausreichende Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung. Eine zukunftsorientierte Entwicklung muss auch die Bedürfnisse der Alleinlebenden und hier vor allem die der älteren Menschen berücksichtigen, deren Anteil an der Bevölkerung stetig steigt. Eine Wohnungspolitik der freistehenden Einfamilienhäuser kann deshalb keine befriedigende Lösung sein. Stattdessen setzen wir auf durchmischte Wohnquartiere und gemeinschaftliche Projekte wie Mehrgenerationenhäuser. Der Erwerb und die Aufwertung von bereits bestehendem Wohnraum soll durch die Stadt besonders gefördert werden.

Das Auseinanderdriften von Stadtteilen und die Verarmung von Quartieren müssen verhindert werden. Das Projekt „Soziale Stadt“ zeigt am Rosenplatz erste Erfolge. Es muss um den Schinkel erweitert werden. Wir wollen, dass in ganz Osnabrück bezahlbare Wohnungen zur Verfügung stehen. Auch Menschen mit ALG II-Berechtigung müssen Wohnungen mit modernen Energie-Standards mieten können. Der Verkauf der Osnabrücker Wohnungsbaugesellschaft (OWG) durch CDU und FDP hat der Stadt dafür leider ein wichtiges Instrument aus der Hand genommen. Wir setzen uns dafür ein, dass Wohnungsneubauten sowohl die demografische Entwicklung berücksichtigen, als auch dem neuesten Stand in Sachen Klimaschutz entsprechen. Flexible Zuschnitte erlauben es, sich den Bedürfnissen der jeweiligen Nutzer anzupassen. Barrierefreie Wohnungen sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass man auch im Alter noch in der eigenen Wohnung leben kann. Wir GRÜNE wollen, dass Passivhausbauweise und Ausrichtung für eine optimale Nutzung der Sonnenenergie zum Standard werden. Dazu muss die Stadt

ihre planungsrechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen. Wir treten gegen eine konzeptionslose Ausweitung neuer Baugebiete im Stadtgebiet ein. Stattdessen wollen wir Bebauung in zweiter Reihe fördern. Die Wohnbauförderung ist auf diese Ziele hin zu überprüfen.

Die Zeiten der Stadtflucht sind vorbei. Immer mehr Menschen wollen in der Stadt bleiben oder kehren zurück. Damit kann die Zersiedelung der Landschaft und der zunehmende Pendlerverkehr gestoppt werden. Eine regional orientierte Planung in Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden kann dafür sorgen, dass die naturzerstörende Konkurrenz um die billigsten Bauplätze beendet wird. Hier ist das Land in der Pflicht, die notwendigen Regeln zum produktiven Miteinander der Gemeinden aufzustellen.

Freizeit und Erholung im grünen Osnabrück

Mit ihrer Nähe zur Natur bietet die Stadt Osnabrück viele Möglichkeiten für Freizeitgestaltung und Erholung. Die Grün- und Waldflächen in der Stadt haben neben ihrer ökologischen Funktion eine wichtige Bedeutung für die Naherholung und die Wohnqualität und müssen deshalb erhalten werden. Zum besseren Schutz der „Grünen Finger“ benötigen wir ein Freiflächenkonzept. Für den Umgang mit diesen Flächen sind Umweltziele im Zuge des erneuerten Landschaftsrahmenplans zu definieren. Der Rubbenbruchsee ist ein wichtiger Ort für Erholung, Sport und Freizeit in Osnabrück. Unser Ziel ist es, ein zusätzliches wassergebundenes Naherholungsgebiet zu schaffen. Als weiteres Projekt unter anderem für die Naherholung ist der Haseuferweg durchgängig zu verwirklichen.

Klima- und Umweltschutz – für ein grünes und gesundes Osnabrück

Auch in Osnabrück sind die Folgen des Klimawandels spürbar. So müssen wir die Auswirkungen von Hochwassern, lokalen Starkregener-

eignissen, Stürmen und Hitzestaus im Sommer bewältigen. Auch Lärm stellt eine immer größere gesundheitliche Herausforderung dar. Eine vorausschauende Umweltpolitik und eine strikte Verkehrssteuerung sind neben einer strategischen Stadtplanung existenziell und sorgen für mehr Lebensqualität in unserer Stadt. Wir GRÜNE setzen uns für ein ambitioniertes Klimaschutzkonzept für Osnabrück ein.

Klimaschutz jetzt!

Klimaexperten gehen davon aus, dass uns maximal noch zehn Jahre bleiben, um den weltweiten Temperaturanstieg auf zwei Grad zu begrenzen. Auch auf lokaler Ebene muss daher noch viel mehr geleistet werden. Die Stadt Osnabrück ist Mitglied im Klimabündnis und hat sich verpflichtet, den CO₂-Ausstoß bis 2030 um 50 % zu reduzieren (im Verhältnis zu 1990). Bis 2050 wollen wir eine Reduzierung der Treibhausgase in der Region Osnabrück um 95 % erreichen. Hierfür müssen Kommune, Wirtschaft und Bürger in den Bereichen Energieversorgung, Energieeinsparung und Verkehr Hand in Hand arbeiten. Das 2008 vom Wuppertal-Institut erstellte Folgegutachten zum Osnabrücker CO₂-Reduzierungskonzept ist dafür eine Grundlage, die kontinuierlich weiter entwickelt werden muss. Die darin vorgeschlagenen Maßnahmen müssen zügig umgesetzt werden. Für einen effektiven Klimaschutz ist ein breites, wirksames Klimaschutzkonzept mit einem konkreten Aktionsplan nötig. Wir GRÜNE fordern die Einrichtung einer lokalen Klimaschutzagentur.

Energie für die Zukunft schon heute!

Ein zentraler Bestandteil zukunftsfähiger Politik ist die Ausrichtung der Energieversorgung und des Energieverbrauchs an nachhaltigen Kriterien. Neben einer verbesserten Beratung ist eine intensivere Vermittlung zwischen Bürgern und dem lokalen Handwerk unerlässlich.

Langfristig muss die Energie für die Region Osnabrück zu 100 % aus regenerativen Quellen stammen. Dafür sind die kommunalen Stadtwerke als größter Energielieferant von großer Bedeutung. Sie müssen auch

zukünftig in städtischem Besitz bleiben. Die von CDU, SPD und FDP unterstützte Stadtwerke-Beteiligung an Kohlekraftwerken war klimapolitisch und betriebswirtschaftlich ein folgenschwerer Fehler. Langfristig müssen die Stadtwerke atom- und kohlestromfrei werden, denn Atomkraft ist ein nicht beherrschbares Risiko. Wir müssen so bald wie möglich aus dieser gefährlichen Technologie aussteigen und den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben.

.Wir setzen uns dafür ein, dass zukünftige Investitionen nur noch in Energieeinsparotechnik, effektive dezentrale Energieerzeugung, erneuerbare Energien und die sogenannten „intelligenten“ Netze fließen. Konkret wollen wir den Bau neuer Windkraftanlagen an geeigneten Stellen in der Stadt Osnabrück ermöglichen und die nachhaltige Nutzung der städtischen Biomasse (braune Tonne und Grünschnitt) in einem Biokraftwerk vorantreiben.

Die energetische Sanierung von öffentlichen und privaten Gebäuden bietet riesige Energieeinsparpotenziale und muss deshalb intensiver vorangetrieben werden. Energiesparen und damit CO₂-Verminderung lohnt sich auch finanziell. Um dies zu fördern, setzen wir GRÜNE auf qualifizierte Energieberatung, finanzielle Anreize und intelligente Technik. Wer Energie sparen will und damit Umweltschäden und -kosten vermeidet, der soll davon auch im Geldbeutel profitieren. Wir schlagen die Einführung einer Bürgeranleihe vor, um die notwendige energetische Sanierung des städtischen Gebäudebestandes voranzutreiben. Mit diesem Angebot lassen sich bürgerschaftliches Engagement für Klimaschutz und finanzieller Nutzen für die AnlegerInnen mit einer Senkung der Energiekosten für die Stadt kombinieren.

In einer Klimaschutzagentur können Kompetenzen gebündelt und Know-how, Kapital und Projekte von BürgerInnen, Handwerk und Industrie zusammengeführt werden. Die dort geleistete konzeptionelle Arbeit und die Vermittlung zwischen den Interessen lokaler Akteure haben sich in anderen Städten als erfolgreich erwiesen. Eine lokale Klimaschutz-

agentur kann unter anderem folgende Aufgaben leisten:

- Entwicklung wirksamer Fördermaßnahmen, die Anreize für Investitionen in die energetische Sanierung des Wohnungs- und Gebäudebestandes schaffen und Kooperationen wie Contracting, z.B. in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken, voranbringen
- Ergänzung der unabhängigen Energieberatung der Verbraucherzentrale
- Unterstützung von Privatleuten, Bürgergenossenschaften und Gewerbe bei der Nutzung von Dächern auf Basis der durch das „Sun Area“-Projekt festgestellten Eignung

Eine gute Verkehrspolitik ist ein wichtiger Ansatzpunkt zum Energiesparen. Wir GRÜNE geben deshalb Bus, Bahn, Fahrrad und Fußgängern den Vorrang!

Luft- und Lärmbelastung bekämpfen

Stadtluft macht nicht nur „frei“, sondern vielerorts auch krank: Die Belastung mit Feinstaub, Ozon, Stickoxid und anderen Schadstoffen überschreiten in Osnabrück regelmäßig die Grenzwerte. Die Schadstoffbelastung muss genau überprüft werden. Wir setzen uns dafür ein, dass das Stadtklima bei allen Planungen berücksichtigt wird und der 2008 beschlossene Luftreinhalteplan wirkungsvoll umgesetzt wird. Die Einrichtung der Umweltzone war ein richtiger Schritt. Wir wollen, dass sie konsequent umgesetzt wird und „Stinker“ draußen bleiben. Um Schadstoffe durch den Verkehr zu mindern, sollte die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen und die eigene Fahrzeugflotte emissionsarm umgestalten. Lärm hat erhebliche Folgen. Weil sich die CDU-geführte Landesregierung weigert, dem mautbedingten Ausweichen des Schwerverkehrs von den Autobahnen wirksam entgegen zu treten, ist auch in Osnabrück ein wachsender LKW-Durchgangsverkehr zu beobachten. Wir wollen:

- gezielte Lenkungsmaßnahmen, um den LKW-Verkehr aus der Stadt zurückzudrängen
- eine starke Bürgerbeteiligung beim aufzustellenden Lärmaktionsplan und dessen rasche Umsetzung sowie flächendeckende Lärm-

- karten
- Lärm- und Schadstoffreduzierung durch den Ausbau der Geschwindigkeitsüberwachung
- Tempo 30-Zonen in allen Wohngebieten

Umwelt und Natur schützen!

Umwelt- und Naturschutz sind Kernbereiche unserer GRÜNEN Politik. In Zeiten des Klimawandels und der steigenden Schadstoffbelastung wird der Erhalt des natürlichen Lebensraumes in der Stadt immer wichtiger. Städtische Bäume und Gehölze müssen daher wirksamer geschützt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass endlich wieder eine Baumschutzsatzung mit Ersatzpflanzungsgeboten und Bußgeldern eingeführt wird.

Das katastrophale Hochwasser aus dem Sommer 2010 hat gezeigt, dass Osnabrück noch nicht ausreichend auf extreme Wetterphänomene vorbereitet ist. Auch aus diesem Grund muss die Versiegelung wertvoller Freiflächen gestoppt werden. Die naturnahe Gestaltung der Landschaft und von Regenwasserrückhaltebecken ist notwendiger Hochwasserschutz. Dies liefert darüber hinaus einen wertvollen Beitrag zum Artenschutz. Um weitere wirksame Artenschutzmaßnahmen treffen zu können, müssen die vorhandenen ökologischen Grundlagen wie das Amphibienkataster oder die Brutvogelerfassung genutzt werden. Zudem müssen die Osnabrücker Fließgewässer für wandernde Arten möglichst durchgängig gestaltet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der Rubbenbruchsee, die Düteaue und der Hörner Bruch als Naturschutzgebiete ausgewiesen werden und die begonnene Renaturierung von Düte und Hase fortgesetzt wird.

Natur- und Landschaftsschutz sollte gemeinsam mit den BürgerInnen, verschiedenen Verbänden und Interessengruppen umgesetzt werden. Deswegen fördern wir die Arbeit von Naturschutzgruppen, Initiativen und Verbänden. Die Bündelung der unterschiedlichen Umweltaktivitäten in einem Umweltzentrum bleibt unser Ziel.

VerbraucherInnenschutz stärken

Immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher achten auf gesunde, ökologische Lebensmittel aus der Region. Der Bedarf an Beratung über die Herkunft, die Klimafreundlichkeit und die sozialen Bedingungen bei der Herstellung von Produkten steigt zunehmend. Wir stehen für wirksamen Verbraucherschutz durch strengere Lebensmittelkontrollen. Wir wissen um die Notwendigkeit starker, unabhängiger Verbraucherschutzorganisationen und unabhängiger Verbraucherberatung durch die Beratungsstelle der Verbraucherzentrale Niedersachsen in Osnabrück. Wir GRÜNE fordern deshalb, dass die Finanzierung für die Verbraucherberatung durch die Stadt dauerhaft gesichert und nicht immer wieder in Frage gestellt wird. Zusätzlich entlastet sie den öffentlichen Haushalt von Sozialausgaben, beispielsweise durch die Schuldnerberatung.

Auf Initiative von uns GRÜNEN hat der Rat Osnabrück zur gentechnikfreien Region erklärt. Auf den landwirtschaftlichen Flächen der Stadt Osnabrück dürfen deshalb keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut werden. Zudem dürfen in städtischen Einrichtungen nur gentechnikfreie Lebensmittel angeboten werden. Aufgrund des breiten Angebots und der Förderung fair gehandelter Produkte trägt Osnabrück seit Dezember 2010 den Titel „Fairtrade Town“. Auf diesen Erfolgen dürfen und wollen wir uns nicht ausruhen. Wir treten dafür ein, dass

- die Gentechnikfreiheit Osnabrücks transparent und wirksam kontrolliert wird
- der Konsum fairer Produkte weiter unterstützt wird
- landwirtschaftliche Nutzflächen im städtischen Besitz vorrangig an ökologisch wirtschaftende Betriebe verpachtet werden
- der Einsatz von ökologischen Lebensmitteln in Einrichtungen in städtischer Trägerschaft oder von städtischen Eigenbetrieben festgeschrieben wird
- Vermarktungsinitiativen ökologisch erzeugter, regionaler Lebensmittel unterstützt werden und die städtischen Wochenmärkte zur Direktvermarktung von Produkten und Händlern aus der Region

- offen stehen
- Ernährungsberatung in Kitas und Schulen zum Standardrepertoire gehören
- ein fleischreduzierter Konsum gefördert wird, etwa durch die Einführung eines vegetarischen Tages

Mobilität ermöglichen – ökologisch, modern, sozial, GRÜN

Mobilität ist ein wesentlicher Faktor für eine hohe Lebensqualität, wenn die richtigen Schwerpunkte gesetzt werden. Motorisierter Individualverkehr sorgt für hohe Schadstoffwerte, Lärm und Stress. Der Neu- und Ausbau von Straßen für den Autoverkehr ist deshalb der falsche Weg, stattdessen müssen Alternativen stärker gefördert werden. Wir setzen auf ein ausgewogenes Mobilitätskonzept, das nachhaltige Fortbewegung für alle Bevölkerungsgruppen ermöglicht und die Umwelt schont. Bei der Sanierung und Umstrukturierung von Verkehrswegen muss daher der Umweltverbund (Fuß-, Rad- und öffentlicher Personennahverkehr) Vorrang haben. Der Masterplan Mobilität ist eine gute Basis, um die Verkehrsplanung stärker an den differenzierten Lebensbedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner von Osnabrück auszurichten. Hierzu gehört die stärkere Berücksichtigung der Belange von Frauen ebenso wie die Beachtung der Anforderungen älterer Menschen und von Kindern.

FußgängerInnen schützen!

Durch gut ausgebaute und sichere Wege abseits der Autostraßen wollen wir die Bedingungen für Fußgänger weiter verbessern. Die Stadtteilzentren müssen durch Umgestaltung der Straßenräume aufgewertet werden. Der Nahbereich wird so gestärkt und das Leben in Osnabrück attraktiver. Gleichzeitig ergeben sich viele neue Wege, die auch ohne das Kraftfahrzeug zurückgelegt werden können. Wir setzen uns weiter für flächendeckende Tempo-30-Zonen in der gesamten Innenstadt und in

Wohngebieten ein. Für die sichere Überquerung der Straßen ohne große Umwege brauchen wir ausreichende Grünphasen und mehr Mittelinseln und Zebrastreifen.

Radverkehr stärken!

Der Anteil des Radverkehrs soll erheblich erhöht werden (bis 2025 um fast die Hälfte auf 17 %). Etwa die Hälfte aller Autofahrten in der Stadt liegen unter 5 km. Wenn auch nur ein Teil dieser Fahrten in Zukunft mit dem Rad zurückgelegt wird, ist schon viel erreicht. Um dies zu ermöglichen, benötigen wir ein engmaschiges, zusammenhängendes Radverkehrsnetz, das den Sicherheitsanforderungen verschiedener Gruppen von Radfahrern genügt. Hierzu notwendige Maßnahmen sind unter anderem der weitere Aus- und Umbau von Radwegen und Knotenpunkten, Markierungen von Schutzstreifen, die Verbesserung der Beschilderung und die Anpassung von Ampelschaltungen. Radfahrer sind gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer. Untersuchungen belegen, dass eine Radwegführung auf der Fahrbahn im Sichtfeld der Autofahrer am sichersten ist. Aus Sicherheits- oder baulichen Gründen kann davon abgewichen werden. Wir wollen Radfahren in Osnabrück noch komfortabler und attraktiver gestalten. Daher fordern wir zusätzliche, auch überdachte Abstellflächen, besonders an den Bahnhöfen und im Bereich der Fußgängerzone. Wir unterstützen einen stadtweiten Fahrradverleih.

Im Stadtgebiet sollen systematisch Haupttrouten für den Radverkehr ausgewiesen, ausgebaut und beworben werden. Wir befürworten die Einrichtung weiterer Fahrradstraßen nach dem Vorbild der Katharinenstraße, die parallel zu den Hauptverkehrswegen führen. Die Räumung der Haupttradwege von Schnee und Eis wurde auf unsere Initiative hin begonnen. Sie muss ausgeweitet werden. Wir wollen den Runden Tisch Radverkehr weiter entwickeln und dessen Einfluss bei der Umsetzung des Radverkehrsplans sichern. Wir unterstützen die weitere Vernetzung der Regional- und Fernradwege durch ein Radwegeleitsystem sowie eine verbesserte und verstärkte Ausschilderung der Radwege ins und im Umland.

Öffentlichen Personennahverkehr ausbauen!

Der ÖPNV wird in Osnabrück gut angenommen. Um seinen Anteil am Verkehr weiter zu steigern, muss das Angebot besser und vielfältiger werden. Der vorhandene, gut ausgebaute Busverkehr, kann durch neue Verkehrssysteme erweitert werden. Den größten Komfort und die höchste Zuverlässigkeit bieten schienengebundene Nahverkehrssysteme. Osnabrück muss sich diese Perspektive wieder eröffnen: sei es als Straßenbahn, Stadtbahn, Regionalbahn oder OS-Bahn. Welche technische Lösung zum Einsatz kommt, wird letztendlich auch unter Finanzierungsaspekten entschieden werden müssen. Hier sind zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen. Denkbar sind auch Mischsysteme. Stadtteilbusse, Car-Sharing, Leihräder (auch mit E-Option) können das Angebot ergänzen. In jedem Fall braucht der ÖPNV Vorfahrt. Dazu gehören Vorrangspuren und eine bevorzugte Ampelschaltung.

Wir befürworten einen 30-Minuten-Takt des Haller Willems. Auch die Tecklenburger Nordbahn muss wieder in Betrieb gehen. Zusätzliche Haltestellen am Berliner Platz und am Rosenplatz sind einzurichten. Für weitere Haltepunkte wie zum Beispiel am neuen Wissenschaftspark und am Hafen müssen die nötigen Flächen frei gehalten werden.

Um allen OsnabrückerInnen den Zugang zu Mobilität zu ermöglichen, wollen wir, dass die Stadtwerke ein Monatssozialticket entwickeln, das den städtischen ÖPNV auch für Hartz IV-Berechtigte und WohngeldempfängerInnen zu einem bezahlbaren Angebot macht.

Motorisierten Individualverkehr vermeiden!

Ziel der Osnabrücker Verkehrspolitik muss sein, dass noch mehr OsnabrückerInnen im Alltag ohne einen eigenen PKW auskommen können. Durch die Kooperation mit den Stadtwerken und einer Vernetzung mit dem ÖPNV ist das Car-Sharing-Angebot des Stadtteilautos die eine echte Alternative zum eigenen Auto. Dieses wollen wir weiter fördern und für noch mehr BürgerInnen zugänglich machen.

An Stelle vom PKW muss der Umweltverbund in Osnabrück Vor-

fahrt haben. Fußgänger und Radfahrer sind auf Verkehrssicherheit angewiesen. Wir setzen uns daher für weitere Geschwindigkeitsreduzierungen sowie für verkehrsberuhigende Maßnahmen wie Bodenwellen und Buchten ein. Wir GRÜNE befürworten weiterhin eine konsequente Parkraumbewirtschaftung sowie die Ausweitung des Anwohnerparkens. Neue Straßen schaffen neuen Autoverkehr. Tausende Autos und LKW, die durch unsere „Grünen Finger“ fahren, brauchen und wollen wir nicht. Ein Ausbau der Straßennetze zur Erhöhung der Kapazität ist mit den Anforderungen einer nachhaltigen Raum- und Verkehrsentwicklung nicht vereinbar. Planung und Bau der Westumgehung lehnen wir daher weiter ab.

Schwerlastverkehr einschränken!

Güter gehören, wo immer möglich, auf die Schiene oder Wasserstraße und nicht auf die Straße. Eine wichtige Aufgabe der Verkehrsplanung ist die Reduzierung der LKW-Belastung in der Innenstadt und in Wohnstraßen. Erreicht werden kann dies durch die Ausweitung von Durchfahrts- und Tempobeschränkungen, deren Umsetzung allerdings auch kontinuierlich kontrolliert werden muss. Wir werden Gespräche mit den Speditionsunternehmen fortsetzen, um gemeinsam umsetzbare Lösungen zu entwickeln. Wir brauchen gezielte Lenkungsmaßnahmen und ein LKW-Durchfahrtsverbot, um den LKW-Verkehr aus der Stadt zurückzudrängen. Der Schwerlastverkehr ist an den von ihm maßgeblich verursachten Kosten für Instandsetzung und Reparatur der Straßen zu beteiligen.

Durch die entstehende KLV-Anlage im Hafen (kombinierter Ladeverkehr) konnte ein wichtiger Schritt zur Vermeidung von Verkehrsströmen durch die Stadt realisiert werden. Eine weitere Möglichkeit, um unnötigen Verkehr in der Stadt zu vermeiden, ist die Einführung einer City-Logistik. Diese bündelt Logistikeinrichtungen und steuert den Warenverkehr effizient und umweltfreundlich. Die Einführung eines City-Logistik-Konzepts soll auch zur Verbesserung der Luftschadstoff- und

Lärmsituation in Osnabrück führen. Wir fordern deshalb ein Pilotprojekt nach dem Modell einer „handelsorientierten Liefer-Logistik“ mit einem zentralen City-Logistik-Dienstleister.

Keine Startbahnverlängerung am Flughafen Münster-Osnabrück!

Wir erkennen die Bedeutung des FMO für die regionale Wirtschaft an. Den Ausbau der Start- und Landebahn halten wir aus verkehrs- und wirtschaftspolitischen Gründen für falsch, aus ökologischer Sicht für fatal. Der FMO hat nur als Regionalflughafen eine wirtschaftliche Perspektive. Alle Kräfte sollen darauf konzentriert werden, auf dieser Basis einen wirtschaftlichen Betrieb zu erreichen.

Schiene statt Autobahn

Wir halten weitere Autobahnen in der Region für überflüssig. Die A 33 Nord würde in einigen Osnabrücker Stadtteilen in Verbindung mit weiteren verkehrlichen Baumaßnahmen die Lärmbelastigung und die Luftbelastung durch Autoverkehr vervielfachen. Stattdessen fordern wir den Ausbau des Schienennetzes sowohl auf der Nord-Süd- als auch auf der Ost-West-Achse, um sicherzustellen, dass Osnabrück und die Region beim schienengebundenen Fernverkehr nicht aufs Abstellgleis geraten.

II. Kommune heißt gemeinsam!

Neben dem Schutz und Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen durch verantwortlichen Umgang mit Ressourcen und vorausschauende, zukunftsfähige Stadtentwicklung legen wir GRÜNE einen Schwerpunkt auf das Zusammenleben der Osnabrückerinnen und Osnabrücker. Eine lebenswerte Stadt bietet gesellschaftlichen Zusammenhalt, Teilhabe für alle, Fairness und Solidarität. Kommunalpolitik ist im Kern Gesellschaftspolitik. Sozialpolitik stellt für uns GRÜNE einen Schwerpunkt kommunaler Politik dar, weil wir uns ihrer Bedeutung für die Lebensqualität bewusst sind.

Der demographische Wandel verändert Osnabrück weiterhin. Unser Ziel ist eine starke Gemeinschaft und individuelle Möglichkeiten zur Entfaltung für Alle. Soziale Entwicklungen müssen bei der Stadtentwicklung berücksichtigt werden. Wir brauchen eine Stadt, in der jeder Stadtteil lebenswert ist. Quartiersmanagement und die gezielte Aufwertung von Stadtteilen ist dabei ebenso wichtig, wie die Lebensbedingungen aller Osnabrückerinnen und Osnabrücker stetig zu verbessern. Dazu gehört für uns GRÜNE der Einsatz für eine weltoffene Stadt, Kultur und Frieden, Sport und Gesundheit und soziale Gerechtigkeit.

Gemeinsam Zukunft stärken – Osnabrück für Kinder, Jugend und Familie

Grundlage unserer Politik ist die Verantwortung für kommende Generationen. Bei allen Entscheidungen, die in Osnabrück getroffen werden, haben wir GRÜNE die Auswirkungen für unsere Kinder und Enkelkinder im Blick. Wir werden die Situation und Chancen Kinder und Jugendlicher weiter verbessern und Osnabrück für alle jungen Menschen als Lebensort attraktiv machen. Das bedeutet auch, dass Kinder und Jugendliche an Entscheidungen der Stadt besser beteiligt werden. Kinder sind unsere Zukunft. Sie haben ein Recht darauf, geschützt aufzuwachsen und von der Gesellschaft mit gerechten Lebenschancen ausgestattet zu werden. Wir wollen dass die UN-Kinderrechtskonvention uneingeschränkt für alle Kinder in Osnabrück gilt.

Teilhabe für jedes Kind ermöglichen!

Wir wollen, dass in Osnabrück kein Kind vom sozialen und kulturellen Miteinander ausgeschlossen wird. Jedem Kind muss es offen stehen, einen Sportverein, die Musikschule oder das Schwimmbad mit FreundInnen zu besuchen. Dafür muss die Kommune ihre Möglichkeiten bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes effektiv nutzen. Um echte Teilhabe zu ermöglichen, müssen die Kinder, die Angebote in Anspruch nehmen können, die Leistungen dort erhalten, wo sie leben. Deshalb setzen wir auf wohn- bzw. schulortnahe Angebote, die nicht hinter bereits bestehende Programme zurückfallen dürfen. Alle berechtigten Kinder müssen einen Zugang zu einem kostenlosen Mittagessen in ihrem sozialen Umfeld bekommen. Wir wollen, dass Sozialarbeit auf die Berechtigten zugeht und ihnen Angebote zur Teilhabe macht. Dies gilt auch für den Bereich der Lernförderung.

Kinder schützen - Eltern unterstützen!

Kinder haben ein Recht auf Sicherheit und eine gewaltfreie Erziehung. Wir wollen, dass die Verwaltung ein Konzept zum „Kinderschutz durch Prävention“ erarbeitet, das möglichst früh mit Erziehungshilfen und Beratung bei den Eltern ansetzt. Dieses Konzept soll die gute und wertvolle Arbeit von Stellen wie dem Kinderschutzbund, den Familienbildungsstätten, der Erziehungsberatung oder dem Kindersorgentelefon unterstützen und ergänzen. Wir wollen die zusätzliche Beratung durch Stadtteilsozialarbeit und Quartiersmanagement in die Stadtteile integrieren. So können Elterntreffs oder andere Einrichtungen eine Atmosphäre des Miteinanders und der gegenseitigen Verantwortung im Quartier fördern – auch, um eine „Kultur des Hinsehens“ zu unterstützen.

Kinder haben ein Recht auf Gesundheit. Gerade bei Kindern und Jugendlichen können gesundheitsfördernde Verhaltensweisen noch entscheidend beeinflusst werden. Wir wollen, dass die Stadt ihre Angebote in den Bereichen Gesundheitsvorsorge, Zahnprophylaxe und Ernährung stetig verbessert und Eltern dabei unterstützt, ihre Kinder gesund aufwachsen zu lassen.

Für eine engagierte und selbstbestimmte Kinder- und Jugendpolitik!
Um die Belange von Kindern und Jugendlichen angemessen zu berücksichtigen, haben wir das von CDU und FDP geschlossene Kinderbüro wieder eröffnet. Im vergangenen Jahr wurde es mit dem „Kinder-haben-Rechte-Preis“ des Landes Niedersachsen und des Kinderschutzbundes ausgezeichnet. Wir werden dafür sorgen, dass diese Arbeit fortgeführt wird.

Wir Grüne stehen für eine selbstbestimmte Jugendpolitik. Jugendliche wissen selbst am besten, was gut für sie ist. Daher wollen wir nicht nur die Angebote der Stadt stärken, sondern besonders selbstorganisierte Projekte fördern, und damit die Jugendpolitik stärker in die Hände der Jugendlichen selbst legen. Dabei setzen wir auf niedrigschwellige Beteiligungsformen von Jugendlichen an Entscheidungen der Stadt. Hierfür wollen wir angelehnt an die Bürgerforen Jugendforen einrichten, die nach den Vorstellungen der Jugendlichen ausgestaltet werden sollen.

Mehr (Frei-)Raum für Kinder und Jugendliche!

Kinder und Jugendliche brauchen Plätze und Räume, wo sie sich treffen und entfalten können. Dafür muss es in der Stadt neben Spielplätzen auch frei zugängliche Flächen und Gestaltungsmöglichkeiten geben. Jugendzentren, auch selbstverantwortete, sind wichtig und müssen noch besser ausgestattet werden. Wir GRÜNE wollen, dass es neben gemeinsamen auch separate Angebote für Mädchen und Jungen gibt, bei denen sie sich frei über geschlechtsspezifische Probleme austauschen können und beraten werden.

Die Stadt gehört auch Kindern und Jugendlichen – sie nutzen sie nur anders als Erwachsene. Gegenseitige Rücksichtnahme bedeutet, dass Erwachsene die Bedürfnisse junger Menschen respektieren, beispielsweise durch Toleranz gegenüber den Geräuschen spielender Kinder.

Familien stärken Kinder und Erwachsene!

Wir GRÜNE stehen für ein modernes Familienbild; in unserer Familienpolitik haben alle Familienformen einen festen Platz. Familien sind

eine wesentliche Stütze unserer Stadtgesellschaft und ihres Zusammenhaltes. Daher wollen wir alle Formen gemeinschaftlicher familiärer Lebensweisen unterstützen.

Eltern und Familien kommt als erstem und umfassendem Lebensort eine besondere Bedeutung und Verantwortung bei der Entwicklung von Kindern zu. Dabei wollen wir GRÜNE die Eltern zielgenau unterstützen und ihnen partnerschaftliche Angebote machen: Begrüßungsprojekt, Hebammenprojekt, Rucksackmütter und an Kitas angebundene Familienzentren sind unbürokratische aber wirksame Hilfen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern!

Eine zentrale Zukunftsaufgabe ist die Förderung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Elternteile. Hier haben wir GRÜNE in Osnabrück viel angestoßen: die Kita-Gebühren wurden gesenkt und wir haben die Betreuungssituation - auch von Kindern unter drei Jahren - deutlich verbessert. Diesen Weg wollen wir weiter beschreiten. Um Familie und Beruf gut vereinbaren zu können, benötigen Eltern Betreuungs- und Bildungsangebote für ihre Kinder, auf das sie sich verlassen können. Gerade bei flexibler Kinderbetreuung, die kurzfristig, am Wochenende oder in den Ferien zur Verfügung steht, gibt es noch Potenziale, die ein Leben für Familien mit Kindern in Osnabrück deutlich attraktiver machen können.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschöpft sich nicht in Betreuungsangeboten. Auch Arbeitsplätze müssen zunehmend familienfreundlicher gestaltet werden, beispielsweise durch angepasste Arbeitszeiten. Die Stadt als Arbeitgeberin steht hier besonders in der Verantwortung, aber auch Projekte mit großen Arbeitgebern und Firmen können hier als Vorbild dienen.

Insbesondere Alleinerziehende wollen wir dabei unterstützen, neben der Kindererziehung beruflich tätig zu sein und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Dazu schlagen wir Tandemprojekte in Stadtteilen vor, die Kontakte zur gegenseitigen Unterstützung zwischen mehreren Alleinerziehenden vermitteln.

Soziales Osnabrück für alle - für eine Vielfalt der Angebote

Kirchliche Träger machen in Osnabrück gute und wertvolle Arbeit. Wir wollen entsprechend der Pluralität und Vielfalt unserer Stadtgesellschaft, dass Leistungen auch von nicht konfessionell gebundenen Trägern angeboten werden und so keine Gruppen ausgeschlossen werden. Dies gilt beispielsweise für Kitas und Beratungs- oder Pflegeeinrichtungen.

Osnabrück wird älter.

Im Jahr 2025 wird voraussichtlich knapp ein Viertel der OsnabrückerInnen über 65 Jahre alt sein. Die Kommunalpolitik muss sich der Aufgabe stellen, den demographischen Wandel positiv zu gestalten – für die Stadt und für die Menschen.

Teilhabe für Ältere verbessern!

Eine für ältere Menschen lebenswerte Stadt bietet ihnen Teilhabe und bindet sie in das gesellschaftliche Leben ein. Sie schafft Rahmenbedingungen, die es Älteren ermöglicht, ihre gewünschte und gewohnte Lebensführung aufrecht zu erhalten. Damit ältere Menschen weiter aktiv am gesellschaftlichen Leben Osnabrücks teilnehmen können, müssen Dienstleistungen und Einrichtungen an ihre Bedürfnisse angepasst werden. Informationsangebote müssen auf ihre Senioren-tauglichkeit überprüft werden. Wir wollen, dass der Seniorenbeirat als wichtiges ExpertInnen-gremium stärker in politische Entscheidungsprozesse und Verwaltungspraxis einbezogen wird. Politik für Ältere ist Zukunftspolitik. Es ist der berechtigte Wunsch und Anspruch älterer Menschen, nach ihrem Berufsleben stärker am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Dabei bringen sie ein hohes Maß an Erfahrung, Fähigkeiten und Kompetenzen zum Nutzen der Stadt ein. Beide Seiten - Stadtgesellschaft und SeniorInnen - profitieren von den vitalen „Alten“. Engagement hilft, Kreativität und Selbstständigkeit lange zu erhalten, beugt der Gefahr des Alleinseins vor und wirkt sich positiv auf den Gesundheitszustand aus. Die Weiter-

gabe von Lebens- und Berufserfahrung ist ein Gewinn für alle Menschen in der Stadt. Wir werden gezielt Projekte unterstützen und ins Leben rufen, die gemeinsame Lebensräume von Jungen und Älteren schaffen und so den Austausch und das Zusammenleben der Generationen aktiv zum Wohle Aller fördern. Der Mehrgenerationenspielplatz als Treffpunkt ist ein gelungenes Beispiel.

Nähe tut gut – Politik für kurze Wege und Zusammenleben der Generationen!

Wir wollen, dass die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten Anstrengungen unternimmt, die Nahversorgungs- und Infrastruktur in den Wohn- und Randgebieten der Stadt zu erhalten und auszubauen. Es darf keine Stadtteile geben, die kaum noch Geschäfte, Restaurants, Ärzte und nur noch sehr ausgedünnte Buslinien haben. Wir wollen solchen Tendenzen durch zielgerichtete Stadtteilentwicklungspolitik entgegenwirken. Altersgemischte Quartiere tragen zu einem lebendigen Stadtteil bei. So können barrierefreie Stadtteilzentren positiv wirken und Orte des Zusammenlebens der Generationen sein. Auch kommunale Serviceangebote können hier näher an den BürgerInnen sein. Die Freizeitangebote müssen der Vielfalt der „Neuen Alten“ und ihren Wünschen und Interessen entsprechen.

Wohnen im Alter verbessern!

Das Gleiche gilt für die Angebote an Wohnraum. Unser Ziel ist es, dass in Osnabrück Menschen im Alter möglichst selbstständig zu Hause leben können – selbstständig heißt jedoch nicht allein. Es gibt verschiedene Modelle für gemeinschaftliche Wohn- und Lebensformen im Alter. Wir befürworten Mehrgenerationenhäuser, die das Zusammenleben von Jung und Alt fördern. In Zukunft werden verstärkt altengerechte Wohnungen benötigt. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, dass diese Wohnungen auch dort entstehen, wo sie gebraucht werden. Wir wollen flexible, quartiersbezogene und wohnortnahe Pflegeangebote entwickeln und fördern und keine Pflegefabriken auf der grünen Wiese schaf-

fen. Gerade flexible teilstationäre Tages- und Kurzzeitpflegeangebote sollen dabei helfen, die zu Pflegenden möglichst lange in ihrem bekannten, persönlichen Umfeld zu halten. Auch der Bedarf an qualifiziertem Personal für die Pflege von Menschen mit Migrationshintergrund steigt. Wir wollen, dass Betreiber von pflegerischen Einrichtungen in kultursensibler Altenpflege geschultes Personal einsetzen.

Für ein barrierefreies Osnabrück

Menschen mit Behinderungen müssen in Osnabrück selbstbestimmt leben können. Wir wollen diesem Anspruch durch konkrete politische Schritte gerecht werden. Wir werden durchsetzen, dass die UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen in Osnabrück endlich uneingeschränkt gilt. Um ein größtmögliches Maß an Freiheit und gesellschaftlicher Beteiligung zu gewährleisten, setzen wir auf ambulante und familienentlastende Hilfen, die persönliche Assistenz und das persönliche Budget.

Barrierefreiheit heißt für uns GRÜNE, die gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben für Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen zu ermöglichen. Dies bedeutet die weitere Verbesserung des Zugangs zu öffentlichen Gebäuden, Wohnungen, Bussen, sowie zu sozialen und kulturellen Angeboten. Hierzu setzen wir auf die Kompetenz des Behindertenbeirates und der Selbsthilfeorganisationen.

Gerade bei Übergängen zwischen Lebensphasen, etwa am Ende der Schulzeit und insbesondere beim Erreichen des Rentenalters, wollen wir Menschen mit Behinderungen unterstützen.

Frauenpolitik stärken!

Wir wollen, dass Frauen ihren Lebensentwurf frei wählen und verwirklichen können, ohne dabei in eine finanzielle Abhängigkeit zu geraten – sei es vom Ehemann, vom Partner oder vom Staat. Frauenpolitik ist Querschnittsaufgabe und betrifft daher alle Politikfelder. Die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen zu verwirklichen, ist und bleibt ein Kernanliegen GRÜNER Politik. Wir wollen die

Beteiligung und Förderung von Frauen auf allen Ebenen der Stadtgesellschaft durchsetzen und Frauenpolitik für alle Nationalitäten machen, ohne dabei kulturelle Unterschiede zu negieren. Frauenfeindlichkeit darf nicht durch kulturelle Differenzen erklärt oder entschuldigt werden. Die Forderung nach Gleichstellung ersetzt auf keinen Fall eine gezielte Frauenförderung. Auch reduzieren wir Frauenpolitik nicht auf Familienpolitik.

Die Frauenbewegung in Osnabrück hat in den 1970er und 1980er Jahren vieles erkämpft, wovon Frauen heute (zu Recht) ganz selbstverständlich profitieren. So sind in Osnabrück Projekte entstanden, die wertvolle Arbeit für die Förderung und Vernetzung von Frauen leisten. Diese müssen auch in Zeiten knapper Kassen ausreichend unterstützt werden. Einrichtungen wie Frauenhaus, Frauennotruf und Frauenberatungsstelle müssen vertraglich eine langfristige Absicherung ihrer Arbeit erhalten.

Für eine starke kommunale Gleichstellungspolitik!

Die Stadt muss weiter eine aktive Gleichstellungspolitik betreiben. Wir wollen, dass die Stadt Osnabrück die Europäische Charta für Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene unterzeichnet. Ein Gleichstellungs-Aktionsplan soll als Gesamtkonzept die Umsetzungen der darin festgeschriebenen Ziele garantieren. Hierfür ist das Gleichstellungsbüro unverzichtbar; die Stellenausstattung darf nicht gekürzt werden. Die Position der Gleichstellungsbeauftragten wollen wir stärken. Gleichstellungsbelange müssen bei allen Vorhaben berücksichtigt werden.

Wir GRÜNE nehmen auch und gerade die Haushaltspolitik in die Pflicht, ihre Maßnahmen im Hinblick auf das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit hin zu überprüfen. Alle kommunalen Ausgaben und Einnahmen haben Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse. Die geschlechtergerechte Verteilung der öffentlichen Gelder ist für uns ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Gleichberechtigung. Der Anteil an Frauen in städtischen Führungspositionen muss deutlich steigen. Solange der Frauenanteil nicht auf allen Hierarchieebenen der Verwaltung

und in den städtischen Gesellschaften dem der Männer angeglichen ist, brauchen wir eine Quote. Die Benachteiligung von Teilzeitkräften bei Beförderungen in der Verwaltung und städtischen Unternehmen muss gestoppt werden.

Aus- und Weiterbildungsprojekte für Mädchen und Frauen müssen ausgebaut werden. Ein Beispiel hierfür ist die Förderung des Wiedereinstiegs von Frauen in das Erwerbsleben durch das Projekt „Frau & Betrieb“. Die Situation der Migrantinnen muss auch in Osnabrück verbessert werden. Wir wollen dafür auch das internationale Frauennetz unterstützen.

Mädchenprojekte fördern!

Frauenpolitik beginnt mit Mädchenpolitik. Wir GRÜNE wollen Angebote und Freiräume speziell für Mädchen erhalten. Die Durchführung von jährlich stattfindenden Mädchentagen und zentral organisierten Mädchenprojekten in Schule, Stadtteil- und Jugendzentren werden wir unterstützen. Das Mädchenhaus und das Mädchenzentrum wollen wir sichern.

Frauen aktiv vor Gewalt schützen!

Häusliche und sexuelle Gewalt gegen Frauen ist immer noch an der Tagesordnung. Sie muss geächtet werden und ist ein Verbrechen. Die Stadt steht in der Verantwortung, Mädchen und Frauen zu schützen, aber auch präventiv tätig zu werden. Mädchen- und Frauenhaus sowie der Frauennotruf müssen als kostenlose, unbürokratische und anonyme Anlaufstellen gestärkt werden – auch für Frauen mit Migrationshintergrund. Wir werden weiterhin auf eine vorbildliche Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes in Osnabrück achten. Projekte und Aktionen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen wollen wir intensivieren und weiter unterstützen. Um Gewalt gegen Frauen vorzubeugen, brauchen wir Angebote für Jungen und Männer, die im Bezug auf Gewalt anders sozialisiert sind. Diese Angebote aus den Bereichen Jugendhilfe und Bildung sollen soziale Kompetenzen von Jungen stärken.

Jungen und Männer als Partner!

Wir wollen Jungen und Männer dabei unterstützen, sich Formen partnerschaftlichen Verhaltens und Erziehungskompetenz anzueignen. Wir werden auf kommunaler Ebene Projekte anregen und unterstützen, die dieses Ziel verfolgen. Ebenso wollen wir Männer dazu ermutigen, Elterngeld in Anspruch zu nehmen – nicht nur in den Vätermonaten – und damit ihren Anteil an der Familienarbeit zu erhöhen.

Osnabrück für Lesben und Schwule

Wir GRÜNE stehen für die Anerkennung und Gleichberechtigung schwuler, lesbischer, bisexueller und transgener, d.h. „queerer“ Lebensformen und ein aktives Engagement gegen deren Diskriminierung. In Osnabrück hat die von uns initiierte und durchgesetzte Arbeitsgemeinschaft „Lesben- und Schwulenpolitik“ der Stadt Osnabrück in zahlreichen Politikfeldern Fortschritte erreicht. Es gilt auch weiterhin, die von der AG vorgeschlagenen Antidiskriminierungsmaßnahmen umzusetzen. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Stadt Osnabrück als Arbeitgeberin eine Vorbildfunktion bezüglich eines gleichberechtigten und offenen Umganges mit ihren queeren MitarbeiterInnen übernimmt. Die Stadt soll bei der Finanzierung von Stellen bei externen Trägern die Einhaltung von Antidiskriminierungsrichtlinien berücksichtigen. Wir werden uns mit Bürgerrechtsverletzungen insbesondere seitens katholischer Einrichtungen gegenüber schwulen und lesbischen MitarbeiterInnen nicht abfinden und diese auch weiterhin öffentlich anprangern.

Wir wollen, dass die Stadt in allen ihren Tätigkeitsfeldern von der Jugendarbeit, über Schule bis zu Kultur und Sport, sowie bei der Anerkennung von Flüchtlingen queere Lebensweisen berücksichtigt. Auch dafür soll bei der Stadt eine Ansprechpartnerin oder ein Ansprechpartner für lesbisch-schwule Belange zur Verfügung stehen. Alle städtischen Ämter sollen ihre Texte und Formulare lückenlos auf diskriminierende Formulierungen hin überprüfen.

Außerdem soll das schwul-lesbische Kulturfestival „Gay in May“ weiter gefördert und stärker in die Marketingaktionen der Stadt einbezogen werden. Wir wollen, dass die Stadt lesbische und schwule Projekte, Einrichtungen und Initiativen finanziell unterstützt und so für freie Träger und Selbsthilfegruppen Planungssicherheit erreichen. Im Haushalt soll dies transparent werden. Anti-Gewalt-Projekte und die Aufklärungsarbeit in Schulen und Jugendeinrichtungen müssen weiterhin gefördert und langfristig gesichert werden. Bei allen städtischen und städtisch geförderten Beratungsstellen und Frauenprojekten soll die Situation von Lesben mehr Berücksichtigung finden. Besonders junge Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender benötigen angemessene Angebote von Jugend- und Familienberatungsstellen. Lesben und Schwule im Alter stoßen in Senioren- und Pflegeheimen oft auf Unverständnis. Eine Sensibilisierung des dortigen Personals durch gezielte Schulungen und eine an Vielfalt orientierte Personalentwicklung halten wir daher für wichtig.

In Osnabrück gesund und aktiv leben!

Unsere Gesundheit wird in hohem Maße durch die Lebensbedingungen vor Ort beeinflusst. Kommunalpolitik kann so einen wesentlichen Beitrag zur Gesundheit von uns Osnabrückerinnen und Osnabrückern leisten. Damit Alle die gleichen Chancen auf ein gesundes Lebensumfeld haben, muss die Stadt bei ihren Entscheidungen stets deren gesundheitliche Auswirkungen berücksichtigen. Der Maßstab sind dabei stärker gefährdete Gruppen wie Kinder oder Ältere. Hier spielt der gemeinsame Gesundheitsdienst von Stadt und Land eine zentrale Rolle.

Mit der Einführung der Umweltzone haben wir GRÜNE einen ersten Schritt gegen die Gefährdung durch krebserregende „Feinstäube“ gemacht. Weitere müssen folgen. Lärm ist eine der größten gesundheitlichen Gefahren. Hier werden wir mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger einen Lärmaktionsplan aufstellen und ihn rasch umsetzen. Gesundheitsvorsorge bedeutet aber nicht nur, Menschen vor giftigen oder gesundheitsschädlichen Umweltrisiken zu schützen, sondern auch Gesundheitsrisiken wie Fehlernährung, Tabletten- und Alkoholmissbrauch

oder anderen Suchtgefahren vorzubeugen. Durch aktive Aufklärungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebote, die sich besonders an Familien und Jugendliche wenden, kann die Stadt einen effektiven Beitrag zur Gesundheit der nächsten Generation leisten. Die Arbeit der Aids-Hilfe ist auch im Hinblick auf ihre Präventionsarbeit unverzichtbar und muss daher weiter finanziert werden. In der Drogenpolitik gilt es, die Gesundheitsrisiken zu minimieren. Angebote wie das Café Connection werden wir erhalten.

In den städtischen Kliniken wollen wir GRÜNE den Einfluss der Kommune erhalten, um die ausreichende Versorgung aller Kranken sicherzustellen. Die Privatisierung des Niedersächsischen Landeskrankenhauses durch die CDU/FDP-Landesregierung hat sich bereits jetzt als Fehler herausgestellt. Wir werden immer wieder auf die Misstände hinweisen.

Selbsthilfe stärken!

Wir GRÜNE wollen die Selbsthilfe unterstützen und stärken. Dafür ist das Büro für Selbsthilfe und Ehrenamt von erheblicher Bedeutung. Die regelmäßige Herausgabe eines Selbsthilfegewegweisers bleibt notwendig. Die Stadt muss Selbsthilfegruppen auch mit attraktiven Belegungszeiten in Bädern oder Sportstätten unterstützen.

Verbraucherschutz ist auch Gesundheitsschutz!

Auch ein verbesserter Verbraucherschutz ist für die Gesundheit der Osnabrückerinnen und Osnabrücker von wesentlicher Bedeutung. Hier hat die Stadt noch erheblichen Nachholbedarf. Es war ein Fehler von CDU und FDP, die Lebensmittelkontrollen an den Landkreis zu übertragen. Wir brauchen ein Amt für Verbraucherschutz, das durch systematische Kontrollen dafür Sorge trägt, dass in Osnabrück keine gesundheitsgefährdenden Produkte verkauft werden - weder giftiges Kinderspielzeug auf dem Weihnachtsmarkt noch dioxinverseuchte Eier im Supermarkt oder Gammelfleisch im Restaurant.

Sport fördern – Lebensqualität steigern!

Sport fördert die Gesundheit, die Kommunikation und die gesellschaftliche Integration. Mehr als die Hälfte der OsnabrückerInnen ist sportlich aktiv. Sportförderung bedeutet, allen Bevölkerungsgruppen und Altersschichten eine sportliche Betätigung zu ermöglichen. Dazu gehört, dass allen Kindern die Mitgliedschaft in einem Verein offen steht. Sportarten, die nicht an feste Sportanlagen oder Vereine gebunden sind (Joggen, Walking, Radfahren) werden immer beliebter. Der Raum hierfür muss erhalten bleiben. Wir GRÜNEN stehen für eine zielgerichtete Sportstättenförderung. Daher wollen wir die repräsentative Befragung über das Sportverhalten der OsnabrückerInnen der Universität Osnabrück als Instrument nutzen, um die richtigen Akzente in der Planung und Instandsetzung von Sportstätten zu setzen. Diese werden wir auch für nicht vereinsgebundene BürgerInnen offen halten. Der demographische Wandel schafft zudem eine vermehrte Nachfrage nach Sport- und Mobilitätsangeboten in Wohnortnähe. Sportvereine werden wir auch weiterhin fördern und unterstützen, Kooperationen mit Ganztagschulen begrüßen wir ausdrücklich. Bei den Sportanlagen bestehen erhebliche Energieeinsparpotenziale. Durch Anreizprogramme, die die Vereine an Einsparungen beteiligen, wollen wir GRÜNE einen weiteren Beitrag zur Sportförderung leisten.

Osnabrück als weltoffene Stadt

Osnabrück ist eine weltoffene Stadt, in der Menschen aus über 140 Nationen ihre Heimat gefunden haben. Die aus dem Ausland zugewanderten Osnabrückerinnen und Osnabrücker haben einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass die in den 1970er Jahren noch deutlich kleinstädtisch geprägte Stadt Osnabrück heute weltoffen und international auftritt. Die starke Präsenz der Osnabrücker Unternehmen in aller Welt sowie die partnerschaftlichen Beziehungen von Stadt, Schulen, Hochschulen und anderen Institutionen in andere Länder wären ohne die interkulturelle Öffnung durch die Zuwanderer nicht denkbar.

Die in letzter Zeit in Deutschland geführte Integrationsdebatte macht deutlich, dass die mit der Zuwanderung verbundene Vielfalt an kulturellen Wurzeln zumindest derzeit nicht überall als Gewinn angesehen wird. Vielmehr wird gegenüber Zuwanderern und ihren Kindern – in Osnabrück sind dies 25 % der Bevölkerung – ein starker Anpassungsdruck ausgeübt. Doch die Osnabrücker Stadtgesellschaft braucht die spezifischen Ressourcen der Zuwanderer, um in der extrem vernetzten und globalisierten Welt im Hinblick auf ihre ökonomische, ökologische und soziale Zukunft gut aufgestellt zu sein. Wichtigste Voraussetzung hierfür ist, dass die Potentiale der ZuwandererInnen in Osnabrück nutzbar gemacht und genutzt werden.

Integration durch Bildung

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Osnabrück die Potenziale der Menschen mit Migrationshintergrund insbesondere im Bereich Bildung besser fördert. Konkret helfen hier gebundene Ganztagschulen, Sprachförderung für jedes Kind mit entsprechendem Bedarf in Kitas und Grundschulen sowie der Aufbau weiterer Integrativer Gesamtschulen. Das von der Stadt eingerichtete Bildungsbüro muss einen deutlichen Schwerpunkt darauf legen, Bildungsungerechtigkeiten, die zweifelsfrei gegenüber Kindern mit Migrationshintergrund bestehen, abzubauen.

Auch erwachsene ZuwanderInnen müssen ein ausreichendes Bildungsangebot vorfinden. Die von der Bundesregierung verantworteten Sprachkurse („Integrationskurse“) decken den Bedarf bei Weitem nicht. Hier muss der Umfang der Kurse deutlich ausgebaut werden.

Für eine ambitionierte kommunale Integrationspolitik!

Wir wollen mehr Beschäftigte mit Migrationshintergrund in der Verwaltung. Um dies zu erreichen, halten wir eine Quote für eine Übergangszeit für sinnvoll und werden ein entsprechendes Konzept beantragen. Zuwanderer wohnen nicht gleichmäßig über die Stadt verteilt. Vielmehr gibt es Quartiere, wie das Rosenplatzquartier oder den Schinkel, in denen ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Zuwanderern mit

ihren Familien lebt. Soweit es sich bei diesen Quartieren um solche mit sozialen Benachteiligungen handelt, müssen diese aufgewertet werden. Die Kürzungen der schwarz-gelben Bundesregierung im Programm „Soziale Stadt“ müssen zurückgenommen werden.

Die Partizipationsmöglichkeiten der Zugewanderten müssen gestärkt werden. Soweit sie nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, aber länger als 6 Monate ihren ersten Wohnsitz in Osnabrück haben, müssen sie das aktive und passive kommunale Wahlrecht erhalten. Gleichzeitig sollten sie ein eigenständiges Beteiligungsgremium haben, welches ihre Rechte und Interessen in die parlamentarischen Beratungen einbringen kann.

Die mehr als 38.000 Osnabrückerinnen und Osnabrücker mit Migrationshintergrund benötigen darüber hinaus eine spezifische Anlaufstelle bei der Stadt. In einer Zeit, in der bundesweit solche eingerichtet werden, ist die Stadt dabei, hier das entsprechende Integrationsreferat abzubauen. Das ist ein Fehler, den wir GRÜNE korrigieren wollen.

Einsatz für die Rechte von Flüchtlingen

Das Grundrecht auf Asyl ist durch nationale und europäische Maßnahmen in den letzten Jahren bereits deutlich eingeschränkt worden. Wir sehen es als unverzichtbar an, dass verfolgten Menschen in Deutschland Schutz gewährt wird. Die Situation von Asylsuchenden und Flüchtlingen muss dringend verbessert werden. Flüchtlinge sollen in Osnabrück so schnell wie möglich dezentral in Wohnungen untergebracht werden und so die Möglichkeit erhalten, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Dazu gehört auch, dass sie über eigenes Geld verfügen können. Organisationen, die Flüchtlingen Hilfe und Beratung anbieten, soll die Stadt weiterhin in ihrer Arbeit unterstützen.

GRÜNE gegen Rassismus

Wir stehen für eine weltoffene und pluralistische Zivilgesellschaft, die die unterschiedlichen Lebensentwürfe respektiert und in der Diskriminierung keine Chance hat. Deshalb stärken wir Bündnisse vor Ort, zivilge-

sellschaftliche Programme und demokratische Netzwerke gegen Rechts-
extremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Kultur- und Friedensstadt Osnabrück

Kunst und Kultur bestimmen maßgeblich den weltoffenen Charakter unserer Stadt: Sie sind von zentraler Bedeutung für den Zusammenhalt der Gesellschaft, Grundlage für Bildung, selbstbestimmte Lebensentwürfe und gesellschaftliches Verantwortungsgefühl aller hier lebenden Menschen. Eine lebendige Kulturszene in der Spitze wie in der Breite ist für uns GRÜNE daher mehr als nur eine nette Zugabe für die Lebensqualität, welche bei Bedarf dem Rotstift zum Opfer fallen kann. Sie ist eine Zukunftsfrage! Daher haben wir in der letzten Ratsperiode mit der Kulturförderabgabe ein zusätzliches Finanzierungsinstrument geschaffen.

„Friedenskulturstadt“ ist und bleibt das Markenzeichen Osnabrücks. Dem Vermächtnis des Westfälischen Friedens von 1648 fällt hierbei eine erhebliche Bedeutung zu. Das Felix-Nussbaum Museum, das Erich-Maria-Remarque Friedenszentrum, die Osnabrücker Friedensgespräche, die Bundesgeschäftsstelle von terre des hommes und die Bundesstiftung Friedensforschung sind wichtige Elemente der Osnabrücker Friedenskulturpolitik. Daneben stehen die zahlreichen bürgerschaftlichen Initiativen, die sich dem Leben und Andenken von Felix Nussbaum, Erich-Maria Remarque oder Hans Calmeyer widmen oder den Ausbau und die Pflege der Gedenkstätten Gestapo-Keller und Augustaschacht betreiben. Das Büro für Friedenskultur soll weiterhin eine wichtige Service- und Schnittstellenfunktion zur Koordinierung und Förderung bürgerschaftlichen Engagements im Kontext der kommunalen Friedensarbeit einnehmen.

Wir GRÜNE treten dafür ein, dass die Folgen von Globalisierung und Finanz-, Klima- und Ernährungskrisen stärker ins Zentrum einer kommunalen friedenspolitischen Debatte gerückt werden. Internationale Gerechtigkeit und Solidarität liegen auch in unserem Interesse.

Kunst und Kultur fördern!

Aufgabe kommunaler Kulturpolitik ist es, die Vielfalt und Qualität des kulturellen Angebots zu erhalten, zu verbessern und weiterzuentwickeln. Außerdem soll möglichst vielen Menschen die Mitwirkung an und der Zugang zu Kultur ermöglicht werden. GRÜNE Kulturpolitik will alle OsnabrückerInnen erreichen. Die Kulturlandschaft der Stadt Osnabrück zeichnet sich im Vergleich zu anderen Städten durch ihre enorme Vielfalt und hohe Qualität aus. Hierzu trägt besonders die große Zahl engagierter freier Kulturträger bei. Wenn andere Städte schlafen, ist in Osnabrück Kultur. Die Kulturnacht ist hierfür das Aushängeschild, auch Nachtwächterführungen und die Nachtflohmärkte gehören zum Osnabrücker Kulturleben.

Freie Kulturträger stärken!

Projekte und Initiativen wie das Aktionszentrum 3. Welt, FOKUS, die Lagerhalle, die freien Theater und die Vereine oder die unabhängigen Festivals wie European Media Art Festival und unabhängiges Filmfest tragen zum herausragenden Kulturangebot bei und machen Osnabrück lebenswerter. Dies ist nur durch das kreative Engagement der Bürgerinnen und Bürger möglich. Aufgabe der Stadt ist es, ihre finanzielle Grundlage zu sichern und ihnen Planungssicherheit zu geben. Hierfür haben wir in den letzten Jahren vehement gestritten. Nach den Kürzungen der letzten Jahre müssen in Zukunft Personal- und Sachkostensteigerungen bei der Festlegung der Zuschüsse berücksichtigt werden, damit sowohl die tariflichen Standards als auch das inhaltliche Angebot der kulturellen Einrichtungen erhalten bleiben.

Kultur gerecht finanzieren!

Kulturelle Angebote, die in die Stadt wirken, sind für das Wir-Gefühl wichtig und somit im Hinblick auf die Identifizierung der Bürger mit ihrer Stadt unverzichtbar. Neben unserem breit gefächerten kulturellen Angebot sind besondere Höhepunkte für die Außenwirkung der Stadt

wichtig. Wir GRÜNE stehen zum Osnabrücker Theater, das auch über die Stadtgrenzen hinaus von großer Bedeutung ist. Zugleich zeigt sich beispielhaft am Theater die ungerechte Lastenverteilung zwischen Stadt und Landkreis. Daher wollen wir, dass die Finanzierung von Kulturangeboten auf eine breitere regionale Basis gestellt wird. Darüber hinaus fordern wir das Ende der jahrzehntelangen Benachteiligung Osnabrücks bei der Verteilung von Mitteln der Kulturförderung des Landes. Insbesondere an der Finanzierung von Theater und Museen muss sich das Land entsprechend der Zuschüsse an Staatstheater und Landesmuseen in Hannover, Oldenburg und Braunschweig stärker beteiligen. Um überdies die Attraktivität der Osnabrücker Museen zu steigern, fordern wir ein Museumskonzept, das dem Bildungsauftrag gerecht wird und zur Profilierung Osnabrücks beiträgt..

Teilhabe an Kultur sicherstellen!

Unser Ziel ist es, allen Menschen kulturelle Teilhabe und die eigene künstlerische Entfaltung zu ermöglichen. Wir brauchen bezahlbare Angebote sowie offene Foren für kulturelle Betätigung. Ziel unserer Kulturpolitik ist es auch, den Anteil von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund in allen kulturellen Bereichen zu erhöhen. Jungen KünstlerInnen muss eine vorübergehende Nutzung von leerstehenden Gebäuden ermöglicht werden. Hier können Proberäume für MusikerInnen oder Ateliers für bildende KünstlerInnen entstehen.

Osnabrück als Stadt der Kinder- und Jugendkultur!

Durch die Vermittlung sozialer, künstlerischer und persönlicher Kompetenzen macht kulturelle Bildung Kinder und Jugendliche zu mündigen BürgerInnen. Dazu wollen wir die Zusammenarbeit von Schulen und Kultureinrichtungen stärken. Die breit gefächerten Angebote der städtischen Kunstschule und der Musikschule müssen daher nachhaltig sichergestellt werden – auch um die Arbeit mit Kindern aus sozial benachteiligten Familien zu stärken. Wir unterstützen das Osnabrücker Theater in seiner Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Gemeinsam mit allen Akti-

ven der kulturellen Jugendbildung gilt es, Konzepte zu entwickeln, mit Hilfe derer die besondere künstlerische Begabung von Kindern erkannt und gefördert werden kann. Gerade niedrigschwellige Angebote wie die Jugendkulturtage müssen weiter gefördert werden. Die schmerzhafteste Schließung der Stadtteilbibliotheken muss durch die von der Verwaltung versprochenen Kompensationsmaßnahmen wie den Bücherbus schnell aufgefangen werden. Die Stadtbibliothek soll ihre Zusammenarbeit mit Kinder- und Jugendbildungseinrichtungen sowie Schulen insbesondere im Bereich der Medienvermittlung (z.B. Leseförderung) nachhaltig verbessern können.

Für mehr Solidarität: Ungerechtigkeit, Arbeitslosigkeit und Armut bekämpfen!

Solidarität und Gerechtigkeit sind Grundpfeiler des gesellschaftlichen Zusammenlebens – auch und gerade auf kommunaler Ebene. Obwohl die Kommunen in diesem Bereich die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf Bundesebene und Landesebene direkt spüren, haben sie keinen Einfluss auf die Rahmenbedingungen und sozialen Standards wie die zu niedrigen Regelsätze für Hartz-IV-Berechtigte. Dabei werden den Kommunen vom Bund immer mehr Lasten übertragen. So stieg der kommunale Anteil an Unterkunftskosten drastisch an. Kommunen können soziale Ungerechtigkeiten nicht ausgleichen. Aber wir GRÜNE werden die kommunalen Möglichkeiten im Interesse der BürgerInnen nutzen, die Hilfe brauchen.

Osnabrücker Arbeitsagentur: Vermittlung in gute Arbeit fördern!

Jeder Mensch hat in unserem Sozialstaat ein Recht auf die Sicherung eines würdigen Existenzminimums durch den Staat. Sozialausgaben sind das gesellschaftliche Fundament unseres Staates und keine Almosen. Trotzdem ist das Ziel, dass so viele Menschen wie möglich ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können. Der Einfluss der Kommunalpolitik ist in diesem Bereich allerdings beschränkt. Auch wenn die wirtschaftliche Entwicklung in Osnabrück positiv ist und wieder mehr Menschen eine

Beschäftigung finden, sind immer noch zu viele Familien auf Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II angewiesen. Die individuellen Fördermöglichkeiten für die Arbeitssuchenden müssen ausgeschöpft werden. Die Mitarbeiter von der Osnabrücker Arbeitsagentur (AGOS) und des Jobcenters müssen dafür bestmöglich qualifiziert sein und bessere Arbeitsbedingungen erhalten.

Arbeitslose Menschen müssen sich bei Problemen mit der AGOS an eine unabhängige Ombudsstelle vor Ort wenden können. Von immenser Bedeutung ist die Arbeit der Arbeitslosenselbsthilfe (ASH), die finanziell gesichert werden muss. Wir wollen, dass die Stadt und die AGOS ihrem Anspruch gerecht werden und noch besser vermitteln, qualifizieren und fördern, anstatt nur zu verwalten oder Sanktionen auszusprechen. Ziel der AGOS muss es sein, Menschen in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu vermitteln. Repressionen wie Zwangsumzüge von Menschen, deren Wohnraum durch Arbeitslosigkeit plötzlich nicht mehr als „angemessen“ gilt, sollen nur in extremen Ausnahmefällen angewandt werden und nur dann, wenn tatsächlich Alternativen zur Verfügung stehen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die AGOS eine Selbstverpflichtung entwickelt, nach der sie nur in Arbeitsplätze vermittelt, die Mindeststandards erfüllen. Sittenwidrige Löhne und Arbeitsbedingungen dürfen nicht durch die AGOS und die SteuerzahlerInnen gefördert werden. Auch wollen wir, dass die Stadt keine Aufträge an Unternehmen vergibt, die diese Standards unterlaufen.

Menschen, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt chancenlos sind, müssen einen Platz in der Gesellschaft haben. Wir unterstützen gemeinwohlorientierte Projekte von Erwerbslosen, die Menschen ermutigen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen und aktiv tätig zu werden. „Ein-Euro-Jobs“ und Bürgerarbeit bieten besonders für Langzeitarbeitslose eine Chance auf Zugang zum regulären Arbeitsmarkt. Dabei wollen wir GRÜNE jedoch sicherstellen, dass keine regulären Arbeitsplätze gefährdet werden.

Für faire Löhne!

Osnabrück ist vom Dienstleistungssektor geprägt und so in den letzten Jahren immer mehr zum Oberzentrum des Niedriglohnsektors geworden. Zahlreiche Leiharbeitsunternehmen üben erheblichen Druck auf normale Beschäftigungsverhältnisse aus. Diese Entwicklung ist nicht akzeptabel. Wir GRÜNE wollen eine Stadt der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs. Wir werden deshalb alles, was uns möglich ist, dafür tun, diesen Trend zu stoppen. Deshalb werden wir uns im Rahmen der Ratsarbeit für die Einführung von Mindestlöhnen einsetzen. Um Missbrauch der Leiharbeit zu verhindern, müssen LeiharbeiterInnen und Festangestellte dauerhaft die gleiche Entlohnung erhalten. Auch wenn dem Einfluss der Kommunalpolitik in diesem Bereich enge Grenzen gesetzt sind, konnten wir erreichen, dass die Sozialverwaltung sich zukünftig von Trägern von Pflegeeinrichtungen bestätigen lässt, dass diese auf Leiharbeit verzichten.

Armut zielgerichtet bekämpfen!

Wir fordern von der Verwaltung die Erstellung eines kommunalen Armuts- und Reichtumsberichts, der insbesondere die Situation armer Kinder in Osnabrück transparent macht. Die Armut von Kindern in unserer Gesellschaft darf nicht länger im Dunkeln bleiben. Ein solcher Bericht stellt die Grundlage für Handlungskonzepte dar, um zielgerichtet und effizient (Kinder-) Armut in Osnabrück zu bekämpfen.

Mobilität für Alle möglich machen - Sozialticket einführen!

Eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe ist die Möglichkeit, mobil zu sein. BezieherInnen von Arbeitslosengeld II haben lediglich knapp 16 € im Monat für Bus und Bahn zur Verfügung. Dies reicht nicht einmal für vier Tageskarten im Osnabrücker Stadtbusverkehr. Wir wollen gemeinsam mit den Stadtwerken ein Sozialticket einführen, das eine Monatskarte für den Osnabrücker Busverkehr etwa in diesem Preisrahmen darstellt und von allen OS-Pass-InhaberInnen in Anspruch genommen werden kann.

III. Aktive kommunale Bildungspolitik!

Bildung ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben mit Teilhabe am Gesellschafts- und Berufsleben. Jedes Kind hat das Recht, dass ihm alle Bildungschancen offen stehen. Wir können es uns nicht leisten, Kinder unzureichend ausgebildet oder sogar ganz ohne Schulabschluss ins Leben zu entlassen. Auch wenn Bildungspolitik in erster Linie Landespolitik ist, steht die Stadt in der Verantwortung, alles für die Bildung ihrer Kinder zu tun und Chancen- und Bildungsgerechtigkeit zu fördern. Diesem Anspruch könnte Osnabrück noch besser gerecht werden, wenn die Kommunen mehr Gestaltungsoptionen bekämen.

Wir wollen, dass in der Osnabrücker Schullandschaft keine Zuständigkeiten sondern Verantwortlichkeiten herrschen. Die Stadt ist für die Ausstattung der Schulen verantwortlich. Je besser die öffentlichen Bildungsangebote sind, umso unabhängiger sind die Bildungschancen vom Elternhaus. Das Projekt „Lernen vor Ort“ ermöglicht eine bessere Vernetzung kommunaler Bildungsangebote und muss auch nach dem Ende der Förderung durch den Bund fortgeführt werden. Das Bildungsbüro soll zur zentralen Anlauf- und Vernetzungsstelle für alle Bildungsakteure weiterentwickelt werden und konzeptionelle Arbeit für die Verbesserung der Bildungschancen in Osnabrück leisten. Eine engere Zusammenarbeit der Schulen soll Kindern den Übergang zu den weiterführenden Schulen erleichtern. Auch wenn die Finanzlage der Stadt katastrophal ist – unseren Kindern gegenüber sind wir in der Verantwortung, für die bestmöglichen Bildungsangebote zu sorgen.

Frühkindliche Bildung ausbauen!

Wir GRÜNE wollen jedes Kind möglichst früh, optimal und nachhaltig fördern. Frühkindliche Bildungsangebote sind vor allem durch den bedarfsdeckenden Ausbau von sehr guten Kinderbetreuungsplätzen zu leisten. Hierzu muss die Stadt endlich ausreichende Finanzmittel vom Land bekommen, insbesondere um die Qualität weiter anzuheben. Daher haben wir in der letzten Ratsperiode die Kita-Beiträge gesenkt. Um diese Angebote allen Kindern zu ermöglichen, bleibt die Beitragsfreiheit

langfristig unser Ziel. Bis dies umsetzbar ist, stehen wir GRÜNE für eine sozial gerechte Staffelung der Beiträge.

Zusätzlich soll die Sprachkompetenz der Kinder speziell gefördert werden. Die deutsche Sprache ist der Schlüssel zu Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe. Deshalb wollen wir in Osnabrück ein stadtweites Sprachförderprogramm etablieren, das bereits im frühen Kindesalter einsetzt. Bereits vor dem ersten Grundschuljahr müssen Sprachdefizite erkannt werden und eine gezielte Sprachförderung einsetzen. Kinder, die zweisprachig aufwachsen, sollen bereits früh darin bestärkt werden, beide Sprachen zu pflegen. Elterninitiativen sind gerade in diesem Bereich zu unterstützen.

Schulen bilden unsere Kinder!

In den Grundschulen wird der Grundstein für die schulische Bildung unserer Kinder gelegt. Auch durch die Selektion nach vier Schuljahren entsteht bereits in der Grundschule ein Leistungs- und Konkurrenzdruck, der nicht förderlich für die Entwicklung der Kinder ist. Gerade deshalb muss die Stadt als Schulträger besonders in den Grundschulen für optimale Rahmenbedingungen sorgen. Wir setzen uns daher für eine Stärkung der öffentlichen Grundschulen ein. Investitionen in Ausstattung und Programme wie die gebundene Ganztagschule mit flexibler Handhabung von Stundenplänen und individueller Förderung haben Priorität und kommen allen Kindern zu Gute. Dabei gilt für uns das Prinzip „Kurze Beine – Kurze Wege“. So werden wir Grundschulbezirke erhalten und diese an die Entwicklung der SchülerInnenzahlen anpassen. Kinder sollen mit anderen Kindern aus ihrem Wohnquartier zur Grundschule gehen können. Auch dafür brauchen wir eine vorausschauende Grundschulentwicklungsplanung. Wir GRÜNE stehen dazu, die Osnabrücker Schulen mehr und mehr zu Ganztagschulen weiter zu entwickeln. Bevor endlich flächendeckend gebundene Ganztagschulen eingerichtet werden, wollen wir den Ausbau von offenen Ganztagsangeboten vor Ort vorantreiben.

Wenn Kinder in Ganztagschulen lernen können, brauchen sie ein

gesundes und vollwertiges Mittagessen. Wir wollen dafür sorgen, dass jede Schule eine gesunde und ausgewogene Schulmahlzeit anbietet. Die Qualität von Schulessen in Osnabrück muss steigen. Deshalb setzen wir auf Caterer, die ökologisch produzierte und fair gehandelte Lebensmittel verwenden und dabei auf regionale und saisonale Produkte zurückgreifen. Der zügige Ausbau von Schulküchen wird eine gesunde Ernährung befördern und zusätzlich dafür sorgen, dass Kinder Kompetenzen im Umgang mit Lebensmitteln und Ernährung erwerben. Die Stadt steht in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass kein Kind aus finanziellen Gründen vom Schulessen ausgeschlossen wird.

Das Angebot der Osnabrücker Schullandschaft ist durch die von uns beschlossene Integrierte Gesamtschule in Eversburg reicher geworden. Die Schule ist fünfzügig und voll ausgelastet – an der Gesamtschule Schinkel mussten im letzten Schuljahr immer noch über 100 Kinder abgewiesen werden. Dies zeigt: In Osnabrück besteht weiterhin Bedarf an Schulen, in denen Kinder länger gemeinsam lernen und die ihnen den Weg zum Abitur ermöglichen. Wir wollen, dass die Stadt als Schulträger dem Elternwillen entsprechend weitere Gesamtschulen einrichtet. Längeres gemeinsames Lernen ermöglicht mehr individuelle Förderung und verschafft den Kindern die Möglichkeit, nicht nur miteinander, sondern auch voneinander zu lernen. Von einem gemeinsamen Unterricht profitieren alle, leistungsstärkere und leistungsschwächere Schüler - dies belegt auch die letzte Pisa-Studie. Die Einführung von Oberschulen als zusammengefasste Haupt- und Realschulen darf nicht der Verhinderung weiterer Integrierter Gesamtschulen dienen. Das Bildungsbüro muss zudem einen lokalen Aktionsplan erarbeiten, der die Durchlässigkeit für Schülerinnen und Schüler in Osnabrück erhöht und so den Schulwechsel erleichtert.

Schulen bilden Gesellschaft!

Unsere Schulen erfüllen nicht nur Bildungsaufgaben. In ihnen werden Kinder sozialisiert und so die Grundlagen für gesellschaftlichen Zusam-

menhalt gelegt. Auch deshalb sind wir GRÜNE für längeres gemeinsames Lernen. Schulen sind ein entscheidendes Zentrum der Integration. Sie sollen unseren Kindern gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Deshalb müssen sie allen Kindern offen stehen. Ihre Religion oder die ihrer Eltern darf dabei keine Rolle spielen. Die Regelungen von Bekenntnis- und Konkordatsschulen stehen hierzu grundsätzlich im Widerspruch. Wir Grüne werden keine weiteren Schulen in kirchliche Trägerschaft übergeben und bestehende Konfessionsschulen auf Basis des Elternwillens in Schulen ohne Bekenntnis umwandeln.

Eine Schule für alle Kinder – Inklusion vorantreiben!

Auf Basis der UN-Konvention fordern wir GRÜNE die inklusive Beschulung von Kindern mit Behinderungen. Sie haben ein Recht darauf. Kinder mit erhöhtem Förderbedarf dürfen nicht länger aus unserer Gesellschaft ausgeschlossen werden. Unser Ziel ist die schrittweise koordinierte Integration der Förderschulen in allgemeinbildende Schulen. Die inklusiven Schulen müssen zielgenau und ausreichend ausgestattet werden. Bei den Planungen wollen wir den Arbeitskreis Inklusion, der sich intensiv mit dem Thema befasst, stark einbeziehen. Damit Eltern von Kindern mit Förderbedarf, die eine inklusive Beschulung anstreben, nicht auf sich gestellt sind, soll das Bildungsbüro die Aufgabe einer Koordinierungsstelle für Inklusion übernehmen. Hier werden Anfragen gebündelt, um eine gleichzeitige inklusive Beschulung mehrerer SchülerInnen in einer Klasse zu ermöglichen.

Schulen als Begegnungs- und Lebensort!

Schulen werden vermehrt zum Lebensort der Kinder. Daher müssen sie auch lebenswert sein. Hier ist die Stadt verantwortlich für eine kinder- und jugendgerechte Ausstattung der Räume und Außenanlagen. In unseren Schulen treffen Kinder und Jugendliche mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen aufeinander. Dies erfordert nicht nur individuelle Lernförderung, sondern stellt eine große Herausforderung für das tolerante Zusammenleben aller Beteiligten dar. Um ihrem Erziehungsauftrag

gerecht werden zu können, brauchen Lehrerinnen und Lehrer Unterstützung – zum einen durch Weiterbildungsangebote und zum anderen durch Sozialpädagogen, Psychologen und Schulsozialarbeit.

Die Kooperation mit außerschulischen Bildungseinrichtungen und Akteuren erhöht die Qualität von Schulen. Osnabrück bietet mit der Kunstschule, der Musikschule und der Theaterpädagogik, aber auch mit FOKUS e.V. oder Sportvereinen zahlreiche Anknüpfungspunkte. Dadurch können zugleich die Schulen stärker in ihre Stadtteile eingebunden werden. Wir wollen, dass die Verwaltung ein innovatives Konzept für die Beteiligung von Eltern erarbeitet.

Berufliche Bildung stärken!

Schülerinnen und Schüler sollen in der Berufsorientierungsphase einen Einblick in die reale Arbeitswelt in einer Vielzahl von Berufen und Unternehmen erhalten. Ziel ist es, dass möglichst viele Osnabrücker Unternehmen angeregt werden, Partnerschaften mit Schulen zu schließen. Wir wollen, dass der „Betrieb“ Stadt und die städtischen Unternehmen mit solchen Partnerschaften zur Berufsorientierung vorbildlich vorgehen. Die betriebliche Berufsausbildung ist ein wichtiges Standbein für die Qualifikation junger Menschen. Auch die Wirtschaft braucht gut ausgebildete Menschen. Weil es auch in Osnabrück zukünftig an Fachkräften mangeln wird, müssen die Betriebe motiviert werden, in qualitativ hochwertige zukunftssträchtige Ausbildungen zu investieren. Wir haben dafür gesorgt, dass die Stadt Osnabrück und die städtischen Unternehmen mit gutem Beispiel vorgehen und Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Diese Politik wollen wir fortsetzen. Hierbei muss die Stadt gerade die Jugendlichen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz unterstützen, denen der Übergang von der Schule in den Beruf schwer fällt.

Lernen – ein Leben lang

Bildung und Lernen enden nicht mit einem Schulabschluss oder dem Ende der Ausbildung bzw. des Studiums. Bildungs- und Weiterbildungsangebote für Menschen, die bereits eine Ausbildung abgeschlos-

sen haben, sind für die „Wissensgesellschaft“ genauso wichtig wie der sogenannte „zweite Bildungsweg“. Osnabrück ist ein großer Standort von Weiterbildungsträgern und Einrichtungen der beruflichen Weiterbildung. Die Möglichkeiten, Schulabschlüsse nachzuholen, müssen in Osnabrück nicht nur angeboten, sondern offensiv beworben werden. Das breite Angebot der Osnabrücker Volkshochschule stellt dafür ein zentrales Standbein dar. Deshalb stehen wir für eine Sicherstellung der Finanzierung der VHS.

Chancen der Hochschulen nutzen!

Für die Stadt Osnabrück sind die Universität und die Hochschule nicht nur wirtschaftlich von großer Bedeutung. Zahlreiche Einrichtungen, Projekte und Initiativen sind ihnen und den Menschen, die an ihnen arbeiten und studieren, zu verdanken. Für die Osnabrücker Bildungslandschaft kann das Potenzial der Hochschulen noch stärker genutzt werden. Neben gemeinsamen Projekten sind die Öffnung der Hochschule für Menschen mit Berufsausbildung und die Entstehung von Teilzeitstudiengängen eine Chance, die Weiterbildung und Weiterentwicklung vieler OsnabrückerInnen zu fördern. Wir wollen, dass Stadt und die Hochschulen in Zukunft noch enger zusammenarbeiten.

Wir GRÜNE unterstützen die Osnabrücker Studierenden bei ihren Forderungen nach mehr selbstbestimmten Lernen und der Abschaffung von Studiengebühren.

Darüber hinaus muss Osnabrück als Lebens- und Arbeitsort für Studierende und AkademikerInnen attraktiv sein, um möglichst viele der hier hervorragend ausgebildeten Menschen langfristig an unsere Stadt zu binden.

IV. Demokratie stärken - durch Beteiligung und Transparenz

Für uns GRÜNE stellt Bürgerbeteiligung eine wesentliche Säule der Demokratie dar. Aktuelle Beispiele zeigen, dass Bürgerinnen und Bürger immer stärker an Entscheidungen partizipieren wollen. Besonders auf kommunaler Ebene sind die Chancen hierfür gut, gerade hier sind sich gewählte VertreterInnen und die Bevölkerung sehr nah.

Auch in den nächsten fünf Jahren werden 50 engagierte Bürgerinnen und Bürger im Stadtrat aktiv die Osnabrücker Politik gestalten. In einer am Gemeinwohl orientierten Demokratie nehmen die VertreterInnen im Rat die Initiativen und Vorschläge aus der Stadtgesellschaft Ernst. Mit der Wahl des Rates sollen die Bürgerinnen und Bürger ihre aktive Gestaltungsrolle jedoch nicht aus der Hand geben. In Zukunft werden direkte Formen der Beteiligung erheblich an Stellenwert gewinnen. Wir wollen das Wissen und die Kompetenzen der Osnabrückerinnen und Osnabrücker stärker nutzen. Um dies zu ermöglichen, müssen die Entscheidungsgrundlagen für die Mitglieder der Stadtgesellschaft transparent gemacht werden.

Bürgerbeteiligung stärken – neue Wege gehen!

Die direkte Beteiligung der Bürgerschaft darf sich nicht auf Bürgerbegehren und Bürgerentscheide beschränken. Osnabrück kann nur gewinnen, wenn es die Interessen, Kompetenzen und Erfahrungen seiner Bürgerinnen und Bürger auf vielfältige Weise berücksichtigt. Die Voraussetzungen jeder Bürgerin und jedes Bürgers unterscheiden sich jedoch. Daher ist es wichtig, dass verschiedene Wege der Beteiligung offen stehen. Es ist Aufgabe von Rat und Verwaltung, diese Wege zu erschließen.

Um den Vorschlägen von Bürgerinnen und Bürgern Gehör zu verschaffen schlagen wir vor:

- Initiativen und Vereinen vermehrt und frühzeitig in Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubinden

- Jugendliche über Jugendzentren einzubeziehen
- die Aufgaben der Stadt Osnabrück, ihre Organe und Entscheidungsprozesse in Schulen transparent und anschaulich zu vermitteln

Erfolgreiche Vorschläge sind die beste Motivation zu weiterer Beteiligung. Daher darf es nicht mehr vorkommen, dass aufwendig unter Bürgerbeteiligung ausgearbeitete Vorschläge nicht die zuvor in Aussicht gestellte Berücksichtigung finden. Initiativen, die in Entscheidungen übernommen werden, sollen in prominenter Art gewürdigt werden.

Stadtplanung von und für BürgerInnen!

Bislang erfolgt die Beteiligung der BürgerInnenschaft in Form frühzeitiger Information, Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung. Dies ist nur für qualifizierte Einzelinteressen ein ausreichendes Verfahren. Strittige Planungen müssen von Anfang an mit der BürgerInnenschaft gemeinsam durchgeführt werden.

BürgerInnenbeteiligung fällt nicht vom Himmel: Bürgerinnen und Bürger benötigen intensive und vorbehaltlose fachliche Unterstützung im Planungsprozess und der Kommunikation mit Rat und Verwaltung. Gebraucht werden niedrigschwellige Unterstützungsformen wie Bürgerplanungsbüros oder Planungszellen, die von einem unabhängigen Träger geführt werden. Wir GRÜNE werden darauf drängen, dass unter öffentlicher Beteiligung entsprechende Beteiligungsverfahren entwickelt und realisiert werden.

Bürgerhaushalt einführen!

Dem Erhalt der finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten kommt in den kommenden Jahren eine immer größere Bedeutung zu. Die jährliche Aufstellung des Haushaltes ist die entscheidende Weichenstellung. Auch hier wollen wir Bürgerinnen und Bürger beteiligen. Das Instrument hierzu ist der Bürgerhaushalt. Der von der Verwaltung transparent und verständlich dargestellte Haushalt wird der Bürgerschaft zur Diskussion

vorgestellt. Über moderierte Foren können BürgerInnen Vorschläge für Einsparungen, neue Maßnahmen oder Umverteilungen unterbreiten sowie über Empfehlungen der Bürgerschaft und der Verwaltung diskutieren und abstimmen. Wir wollen dieses Verfahren mit dem nächsten Haushalt einführen.

Bürgerforen beibehalten!

Die Bürgerforen sind zu einem wichtigen Faktor bei der Berücksichtigung der Belange eines Stadtbezirkes im Rahmen der Entscheidungsfindung geworden. Sie dürfen nicht von Personen und Gruppen, die bereits über einen nennenswerten Einfluss verfügen, für ihre Zwecke instrumentalisiert werden. Daher sollten künftig Parteien keine eigenen Vorschläge unterbreiten dürfen. Den Bürgern soll die Möglichkeit, eigene Vorschläge einzubringen, durch den Einsatz moderner Kommunikationsmittel vereinfacht werden. Die Bürgerforen werden in die Richtung weiterentwickelt, dass sie ihre Bedeutung bei Belangen des Stadtbezirks erweitern und eine Repräsentation der Bürgerinnen und Bürger des Stadtbezirks sichern.

Kinder und Jugendbeteiligung möglich machen!

Kinder und Jugendliche sind ein wichtiger Teil der Stadtgesellschaft und müssen daher stärker an Entscheidungen beteiligt werden. Auf unsere Initiative wurde das Kinder- und Jugendbüro als wichtiges Organ der Beteiligung junger Menschen in Osnabrück wieder eingerichtet. Gleichzeitig wurde ein Beirat eingesetzt, der die Aufgaben der früheren Kinderkommission übernimmt. In diesem Beirat können Kinder, Jugendliche und Eltern ihre Wünsche und Anregungen vortragen und sich gegenüber städtischen Planungen Gehör verschaffen. Dieser Beirat wird sich in der kommenden Legislaturperiode zu einem für Kinder, Jugendliche und Eltern bedeutsamen Beteiligungsinstrument entwickeln, welches auf Dauer nicht mehr wegzudenken ist. Gleichzeitig wollen wir Kinder- und Jugendforen zu aktuellen Entscheidungen einberufen, um ein niedrigschwelliges themenbezogenes Beteiligungsangebot zu schaffen.

Starke Stadt durch starke BürgerInnen!

Bürgerinnen und Bürger sollen in Osnabrück in ihrem Lebensbereich selbst als aktive Gestalter der Entwicklung in den Vordergrund treten können. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für die Arbeit von Vereinen und Initiativen verbessert werden. Besonders bedeutsam ist die weitere Unterstützung der Freiwilligenagentur Osnabrück. Die Anerkennung von freiwilliger Arbeit muss verbessert werden.

Daten besser schützen!

Datenschutz gewinnt zunehmend an Bedeutung. Auch die Stadt muss ihren Datenschutz verstärken und die OsnabrückerInnen über ihre Rechte aufklären. Wir GRÜNE sind strikt gegen den Handel mit personenbezogenen Meldedaten und setzen uns dafür ein, dass die Weitergabe der Meldedaten durch die Stadt auf ein Minimum beschränkt wird. Dies muss auch für die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten bei städtischen Gesellschaften gelten.

Transparenz und Informationsfreiheit sichern Demokratie!

Freier Zugang zu allen Informationen ist Voraussetzung für engagierte Teilhabe und demokratische Kontrolle durch Bürgerinnen und Bürger. Wir werden uns für eine Informationsfreiheitsgesetz einsetzen, um den Zugang zu Akten und Verwaltungsvorgängen sicherzustellen. Darüber hinaus wollen wir städtische Gesellschaften verpflichten, unter Wahrung von Geschäftsgeheimnissen, Zugang zu allen Akten und Verwaltungsvorgängen in diesem Sinne zu gewähren. Die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle für die Informationsfreiheit beim Bürgeramt und einer Online-Plattform, um unabhängig alle relevanten Informationen zur Verfügung zu stellen, sind weitere wichtige Schritte.

Sicherheit durch Prävention!

Obwohl wir heute in deutlich sichereren Verhältnissen leben als je-

mals zuvor, ist und bleibt Prävention wichtig – auch um die gefühlte Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger stetig zu verbessern. Die Stadt soll bei Präventionsrat und PräVOS darauf hinwirken, dass diese künftig ihre Arbeitsschwerpunkte der Prävention gezielter verfolgen. Prävention darf nicht über das Ziel hinausschießen und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung aushöhlen. Einen großflächigen Einsatz der Videoüberwachung von Straßen, Plätzen und des ÖPNV lehnen wir ab. Videoüberwachung ist keine Prävention. Sie kann und darf den Einsatz von Schutzpersonen nicht ersetzen. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Notwendigkeit städtischer Videoanlagen jeweils streng geprüft wird. Alle vorhandenen Kameras sollten in einem leicht zugänglichen Verzeichnis aufgeführt werden.

Verwaltung als Partnerin der BürgerInnen

Die Stadtverwaltung soll als Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger verstehen. Das Bürgeramt leistet bereits heute einen wichtigen Beitrag für den einfachen Zugang zur Verwaltung. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass das Bürgeramt künftig für noch mehr Anliegen die erste Anlaufstelle wird. Dazu gehören bürgerfreundliche Öffnungszeiten bei gleichzeitiger Beibehaltung flexibler, familienfreundlicher Arbeitszeiten innerhalb der Stadtverwaltung.

Die Abläufe in der Verwaltung sind an die modernen Anforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen. Dabei kann die Technik des eGovernment einen Beitrag leisten. Die Abläufe sind so zu gestalten, dass sie für die Bürgerin oder den Bürger leicht nachvollziehbar und benutzerfreundlich sind und in kurzer Zeit zu einem sachgerechten Abschluss des Verfahrens führen. Formulare müssen mit den dazugehörigen Erklärungen online verfügbar sein.

V. Nachhaltige Wirtschaft für die Menschen und die Stadt!

Eine nachhaltige Wirtschaft ist die Grundlage für eine lebensfähige Stadt. Für uns GRÜNE gilt: Wirtschaft muss den Menschen dienen – nicht umgekehrt. Die Wirtschaftsstärke der Stadt ist für die Beschäftigungsangebote für ihre Bürgerinnen und Bürger von grundlegender Bedeutung. Darüber hinaus hängt von ihr die finanzielle Leistungsfähigkeit Osnabrücks maßgeblich ab. Gerade deshalb müssen alle kommunalen Möglichkeiten der Beschäftigungsförderung genutzt werden. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat auch Osnabrück schwer getroffen. Es ist noch deutlicher geworden, dass blinder Wachstumsglaube ohne Rücksicht auf zukünftige Generationen der falsche Weg ist.

Osnabrück profitiert von seiner vielfältigen und stark mittelständisch geprägten Struktur. Diese wirtschaftliche Vielfalt sichert der Stadt eine höhere Konjunkturstabilität. Auch als Dienstleistungszentrum sind wir inzwischen wirtschaftlich breiter aufgestellt. In den nächsten Jahren müssen wir den Wandel zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Arbeitsweise schaffen. Wir wollen unsere Wirtschaft ökologisch und sozial umbauen und zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen. Dafür setzen wir auf einen lokalen Green New Deal. Um dies zu unterstützen, fördern wir Innovationen und ein sanftes Konsumverhalten.

Um Osnabrück als Wirtschafts- und Lebensstandort attraktiv zu machen, ist die Entwicklung der Lebensqualität in der Stadt von zentraler Bedeutung. Hier haben wir GRÜNE in den letzten Jahren die richtigen Schwerpunkte gesetzt. Wir haben die kommunale Infrastruktur verbessert, die dabei hilft, Freizeit, Familie und Beruf zu verbinden. Eine intakte Umwelt und ein breites kulturelles Angebot sind für uns ebenso wichtige Standortfaktoren. Wirtschaftliche Entwicklungen müssen in Zukunft noch stärker darauf ausgerichtet werden, die städtische Lebensqualität zu verbessern und damit den Standort Osnabrück attraktiver zu machen.

Einen lokalen Green New Deal starten!

Wir GRÜNE arbeiten seit Jahren am ökologischen Umbau der Stadt und haben die Eckpunkte einer ökologischen Strukturpolitik in den Bereichen Verkehr und Energie für Osnabrück entwickelt und umgesetzt. Zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen auch künftig vor allem in der innovativen Umweltwirtschaft. Wir wollen Osnabrück zum regionalen Zentrum für erneuerbare Energien machen. Die einmalige Verbindung von Forschung und Entwicklung an unseren Hochschulen, industrieller Produktion und fachlich versierten Handwerksbetrieben kann im gesamten Bereich der Umwelttechnologien neue Arbeitsplätze schaffen und zugleich die Umweltbedingungen verbessern. Ein weiteres Wirtschaftsfeld, das von einer ökologischen Modernisierung massiv profitiert, ist das regionale Handwerk. Energetische Sanierung im Gebäudebestand bedeutet ein großes Auftragsvolumen für die Baubranche und Haus-technikhersteller. Damit entstehen Ausbildungs- und Arbeitsplätze vor Ort. Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt hängt maßgeblich von der Stärke der lokalen Unternehmen ab.

Grüne Wirtschaftsförderung ist nachhaltig!

Ein wesentlicher Faktor, um die wirtschaftliche Modernisierung Osnabrücks voranzutreiben, ist die Ausrichtung der Wirtschaftsförderung. Hier wollen wir deutliche Veränderungen vornehmen. Eine zukunftsorientierte Wirtschaftsförderung in Osnabrück muss an Leitlinien zur wirtschaftlichen und ökologischen Nachhaltigkeit orientiert sein. Dabei kommt es nicht nur auf Daten wie Quadratmeter und Bebaubarkeit an. Gerade im Punkt qualitativer Flächenvermarktung sehen wir deutliches Potenzial, um Wirtschaft und Umwelt besser in Einklang zu bringen. Nicht jede Fläche ist für jedes Unternehmen geeignet und umgekehrt. Die bestehenden Flächen müssen deshalb intelligent und auf die gesamtstädtische Planung abgestimmt entwickelt und vermarktet werden. Immer mehr Unternehmen legen Wert auf eine „gute Adresse“, bei der auch das Umfeld stimmt. Um Standortentscheidungen zugunsten der

Stadt zu beeinflussen, wollen wir die Umfeldqualität von Gewerbegebieten steigern. Konkret heißt dies: Einladend gestaltete Gebäude und Anlagen, gute Verkehrsanbindungen mit ÖPNV sowie Nähe zu Versorgungseinrichtungen.

In Osnabrück gibt es nicht nur ein ausreichendes Angebot an Gewerbeflächen, sondern sogar Reserven, die kurz- oder mittelfristig zu nutzen sind. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Reaktivierung von industriellen Brachflächen, wie dem ehemaligen Klöcknergelände, dem Güterbahnhof oder den Konversionsflächen, die durch den Abzug der Briten frei geworden sind. Diese bieten gute Chancen, den zukünftigen wirtschaftlichen Flächenbedarf zu decken. Hinzu kommen Flächenreserven in vorhandenen Gewerbe- und Industriegebieten, unter anderem im Fledder oder am Hafen. Wir wollen ein Brachflächenkataster als Instrument, um Nachfolgenutzung und Flächenrecycling zu erleichtern. Auch die Vergabe städtischer Grundstücke soll qualitativen Zielsetzungen folgen: Unternehmen und Organisationen, die ein zertifiziertes System zur Bewertung und Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes nutzen und die ihre Betriebsgebäude nach ökologischen Kriterien errichten, sollen bei der Vergabe städtischer Gewerbeflächen größere Chancen erhalten.

Zukunftsfähige Wirtschaftsförderung beschränkt sich jedoch nicht auf die Vergabe von Gewerbeflächen. Mit dem von uns GRÜNEN maßgeblich initiierten und weiter entwickelten Centrum für Umwelt und Technologie (CUT) wurde ein Meilenstein für den produktionsintegrierten Umweltschutz gesetzt. Wir wollen mit dem Projekt „Ökoprofit“ den betriebs- und produktionsintegrierten Umwelt- und Klimaschutz für Unternehmen ausweiten. Entsprechend der ersten erfolgreichen Modelle sollen hierdurch in den kommenden Jahren in erheblichem Umfang Betriebsstoffe (Energie, Wasser, Strom und Sprit) eingespart und Ressourcen sparende Produktionsabläufe umgesetzt werden. Die so frei werdenden Finanzmittel können vor Ort reinvestiert werden. Zusätzliche Impulse versprechen wir uns von der endlich zu schaffenden lokalen Klimaschutzagentur.

Gesundheitswirtschaft ist Zukunftswirtschaft!

Osnabrück verfügt über eine wirtschaftliche Vielfalt. Dabei liegt ein besonderer Schwerpunkt im Bereich der Gesundheitswirtschaft. Osnabrück ist die „Gesundheitsstadt“ für Westniedersachsen. Zahlreiche qualitativ hochwertige Einrichtungen des Gesundheitswesens werden durch exzellente Gesundheitsforschung ergänzt. Die Zahl der Arbeitsplätze in diesen Bereichen ist bereits erheblich, kann aber noch durch Hilfen zur Vernetzung, zur Ansiedlung sowie zur Existenzgründung vergrößert werden. Das hohe fachliche Niveau und die herausragende Bedeutung für den Arbeitsmarkt in Osnabrück und der Region müssen noch stärker als Standortfaktor begriffen und auch im Stadtmarketing offensiver berücksichtigt werden.

Für einen attraktiven und verbrauchernahen Einzelhandel!

Eine weitere Stärke Osnabrücks ist der vielfältige und attraktive Einzelhandel. Dazu hat das von uns initiierte Märkte- und Zentrenkonzept wesentlich beigetragen. Ein funktionierender Einzelhandel sichert nicht nur die Versorgung der Menschen in der Stadt, er belebt auch die Innenstadt und die Stadtteile und ist ein wichtiger Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor. Um die Vielfalt und Einzigartigkeit Osnabrücks als Einkaufsstandort aufrecht zu erhalten, müssen die kleinen Unternehmen und der Mittelstand gestärkt werden. Weiteren Discountern sowie anonymisierten Einkaufszentren erteilen wir deshalb eine Absage. Das Märkte- und Zentrenkonzept stellt sicher, dass sich die Bürgerinnen und Bürger aller Stadtteile wohnungsnah für den täglichen Bedarf versorgen können. Das Konzept verhindert zugleich ruinöse Konkurrenz zwischen Anbietern – auch daher muss es fortgeführt werden.

Wissenschaft und Wirtschaft verknüpfen!

Motoren von Innovation und Strukturwandel sind die Osnabrücker Hochschulen. Wir brauchen eine Wirtschaftsförderung, die das hier vorhandene Potenzial stärker nutzt und fördert. Der geplante Wissen-

schaftspark wird ein zentraler Baustein für eine verbesserte Kooperation von Hochschulen, Stadt und Wirtschaft sein. Die Einwerbung von Fördermitteln von EU und Land kann die Bedeutung des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandortes Osnabrück sichern und ausbauen. Ein weiteres Element wird das InnovationsCentrum Osnabrück (ICO) am Westerberg werden, das private wie öffentliche Investitionen und Arbeitsplätze sichern und neu schaffen wird. Hier arbeitet die Stadt an signifikanten Verbesserungen, dies muss auch in anderen Bereichen erfolgen, um nachhaltige wirtschaftliche Prosperität zu sichern.

Existenzgründungen fördern!

Existenzgründungen sind ein wichtiger Faktor für den Wirtschaftsstandort Osnabrück und gleichzeitig ein Indikator für seine Attraktivität. Die Stadt muss sowohl OsnabrückerInnen als auch motivierte Menschen von außerhalb noch aktiver dabei unterstützen, ihre Gründungsvorhaben in Osnabrück zu verwirklichen.

Osnabrück bietet mit dem Wissenschaftspark und seinen Einrichtungen künftig ein noch besseres Klima für Existenzgründungen. Um Gründungen aus den Hochschulen zu befördern, haben diese bereits erfolgreich den Gründercampus etabliert. Neben der Motivation von Absolventinnen und Absolventen der Osnabrücker Hochschulen kann die Stadt weiteren Existenzgründungen den Weg ebnen, indem sie effiziente Unterstützung anbietet und unnötige Bürokratie abbaut. Dies gilt auch für Existenzgründungen in „klassischen Geschäftsfeldern“ wie Handwerk, Einzelhandel, Gastronomie oder Dienstleistungen. Jedes Gründungsvorhaben braucht eine intensive Beratung und Betreuung in der Planungs- und Einstiegsphase. Hier können Synergieeffekte genutzt werden, indem in einem Gründerzentrum Beratungs- und Marketingangebote gebündelt und die Ansiedlung neu gegründeter Unternehmen durch kostengünstige Mieten gefördert werden. Zudem können hier Aus- und Weiterbildungszentren gemeinsam genutzt werden. Um den finanziellen Start zu erleichtern, soll die Stadt in Kooperation mit der Sparkasse einen Gründerfonds einrichten, der zinsgünstige Kredite für

Existenzgründer bereitstellt.

Der Anteil der Selbständigen ist unter Zuwanderern mehr als doppelt so hoch wie bei der Mehrheitsgesellschaft und die Potentiale sind bei weitem nicht ausgeschöpft. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt durch spezifische Förderung GründerInnen mit Migrationshintergrund stärker unterstützt.

Kreativwirtschaft bringt Chancen!

Der Kreativsektor ist einer der bedeutendsten Faktoren künftiger stadtökonomischer Entwicklungen. Architektur, Kunst, Medien, Werbung und Softwareindustrie bergen auch für Osnabrück ein enormes Potenzial. Wir setzen uns für die Einrichtung eines Kompetenzzentrums und eines Gründerhauses für Kreative ein, das Kleinst-Büroflächen zu günstigen Konditionen und flexiblen Vertragsbedingungen anbietet. Ein weiterer Baustein kann die Zwischennutzung von leer stehenden öffentlichen und privaten Gebäuden sein.

Die Stadt als verantwortliches Wirtschaftsunternehmen!

Die Stadt ist ebenfalls ein wichtiges Wirtschaftsunternehmen in Osnabrück. Immerhin ist sie Arbeitgeberin für 2500 Menschen und sie beschafft pro Jahr Sachmittel wie Bürogeräte, Maschinen und Fahrzeuge im Wert von mehr als fünf Millionen Euro. Darüber hinaus verfügt sie über eine Reihe kommunaler Eigenbetriebe und Beteiligungen vor allem im Bereich kommunaler Daseinsvorsorge.

Dank der Vergaberichtlinien der EU und ihrer Umsetzung ins deutsche Recht kann die Kommune endlich Nachhaltigkeitskriterien in die Vergabe einfließen lassen. Dies bietet für Osnabrück und seine BürgerInnen eine Reihe von Chancen, die wir nutzen werden. Konkret bedeutet dies, dass die zu beschaffenden Produkte unter anderem im Hinblick auf ihren Herstellungsprozess, den Energieverbrauch, die CO₂-Bilanz, die Schadstoffbilanz sowie unter wirtschaftlichen und sozialen Kriterien ausgewählt werden. Dies wird zu einer Belebung der regionalen Wirtschaft und des Handwerks sowie zu Innovationen im Bereich der nachhaltigen

Technologien führen. Eine zentral gesteuerte nachhaltige Beschaffung ermöglicht zugleich hohe Einsparungen für die Stadt. Darüber hinaus braucht die Stadt Osnabrück ein Gesamtkonzept für eine umwelt- und ressourcenschonende Informations- und Kommunikationstechnologie für die gesamte Stadtverwaltung.

Auch Dienstleistungen, für die die Stadt Aufträge an Unternehmen vergibt, müssen aus unserer Sicht soziale Standards wie die Zahlung von Tariflöhnen erfüllen.

Städtische Beteiligungen für das Gemeinwohl nutzen!

Wir wollen, dass sich Unternehmungen, die sich im Besitz der Stadt Osnabrück befinden oder an denen sie beteiligt ist, bei der Erfüllung des Unternehmenszwecks am Gemeinwohl orientieren und eine nachhaltige Strategie verfolgen, die in angemessener Weise auch ökologische und soziale Belange berücksichtigt. Der Rat soll seinen Einfluss in diesem Sinne nutzen.

Region stärken – europäisch denken und handeln!

Anstatt Osnabrück einfach zum Weltstädtchen auszurufen, brauchen wir konkrete Schritte, die die Stadt in der Region und im zusammenwachsenden Europa stärken und davon profitieren lassen. Dafür muss vor allem die Region Osnabrück stärker zusammenarbeiten. Wirtschafts- und Lebensräume machen nicht an Verwaltungsgrenzen halt. Die tatsächlichen Beziehungen bestehen unabhängig von Landes- und Landkreisgrenzen. Stadt und Landkreis Osnabrück sind heute bereits vielfältig verflochten. Mit gemeinsamer Aufgabenwahrnehmung, der Fusion von Ämtern, der Realisierung der Verkehrsgemeinschaft Osnabrück (VOS) und dem Tourismusverband Osnabrücker Land (TOL) ist bereits einiges auf den Weg gebracht worden. Wir wollen die Zusammenarbeit ausbauen.

Eine Region, die weiter zusammenwachsen soll, braucht neue Strukturen. So könnte z. B. ein Gewerbeflächenpool einen fairen Interessenausgleich zwischen den Kommunen bringen. Der Wettlauf um die

Gewerbesteuerhebsätze schadet langfristig der gesamten Region. Wir benötigen ein Konzept, in dem sich Osnabrück und die Region partnerschaftlich über die Aufteilung von Einnahmen und Kosten verständigen.

Die niedersächsische Landesregierung bleibt in der Pflicht, geeignete Strukturen für die politische Selbstverwaltung der Region zu schaffen. Weitere Möglichkeiten bieten regionale Kooperationen hin zur Bildung von Metropolregionen, wie MONT (Münster-Osnabrück-Netzwerkstad Twente) oder Westfalen (Münster-Bielefeld-Osnabrück).

VI. Kommunale Handlungsfähigkeit sichern – für nachhaltige Finanzpolitik!

Engagierte und zukunftsfähige Gestaltungsvorhaben können wir nur mit dem notwendigen finanziellen Spielraum verwirklichen. Doch die Finanzlage der Städte ist dramatisch – auch Osnabrück steht das Wasser bis zum Hals. Verantwortlich hierfür ist vor allem die fehlgeleitete Politik des Bundes. Durch die Abwälzung sozialer Lasten auf die Städte und die steuerlichen Entlastungen auf Kosten der Kommunen hat der Bund in den letzten Jahren die Krise der Kommunalfinanzen herbeigeführt. So kann es nicht weitergehen! Land und Bund müssen die finanzielle Situation der Städte deutlich verbessern, sonst ist die kommunale Selbstverwaltung und Handlungsfähigkeit in ernster Gefahr. Die weltweite Finanzkrise hat die Situation zusätzlich verschärft.

Dies entlässt Kommunalpolitik jedoch nicht aus der Verantwortung, alles für eine nachhaltige Finanzpolitik zu tun, die sich der Verantwortung für die kommenden Generationen bewusst ist. Dafür müssen vor Ort die richtigen Prioritäten gesetzt werden. Die Gesamtverschuldung der Stadt ist zum Ende des Jahres 2010 auf etwa 400 Mio. Euro angestiegen. Dank erheblicher und schmerzhafter Konsolidierungsbemühungen der letzten Jahre ist Osnabrück im Gegensatz zu anderen Städten trotzdem nicht überschuldet und daher noch handlungsfähig.

Richtige Schwerpunkte bei Investitionen setzen!

Es ist deshalb von entscheidender Wichtigkeit, dass keine horrenden Summen in finanzpolitisch und ökologisch unverantwortliche Vorhaben investiert werden. Wir GRÜNE konnten zu Beginn der letzten Ratsperiode eine sprunghafte Verschuldung der Stadt verhindern. Durch den Verzicht auf die Bundesgartenschau 2015 blieb der Stadt ein unfinanzierbares Großprojekt erspart, das einen dreistelligen Millionenbetrag verschlungen hätte.

Vor diesem Hintergrund erscheint es geradezu aberwitzig, dass die anderen Fraktionen an weiteren ökologisch und wirtschaftlich unsinnigen

gen Großprojekten wie der Startbahnverlängerung beim FMO und der Westumgehung festhalten. Anstatt zweistellige Millionenbeträge zu verbuddeln, wollen wir GRÜNEN, dass der Rat endlich die richtigen Schwerpunkte setzt. Die Stadt soll ihr Geld für mehr Lebensqualität von uns Osnabrückerinnen und Osnabrückern, für Kinder- und Familienfreundlichkeit, für Kultur und für ökologische und nachhaltige Entwicklung einsetzen.

Chancen des Bürgerhaushaltes nutzen!

Wir werden weiterhin für die Einführung eines Bürgerhaushaltes streiten. Erfolgreiche Modelle aus anderen Städten zeigen, dass dies ein sinnvolles Instrument ist. Wir wollen, dass die Verwaltung den Haushalt transparent und verständlich der Bürgerschaft zur Diskussion vorstellt. Im Netz können BürgerInnen Vorschläge für Einsparungen, neue Maßnahmen oder Umverteilungen unterbreiten sowie über Empfehlungen der Bürgerschaft und der Verwaltung diskutieren und abstimmen.

Für stabile Einnahmen!

Um sicherzustellen, dass die notwendigen kommunalen Leistungen für alle BürgerInnen finanziert werden können, haben wir bereits in der abgelaufenen Ratsperiode notwendige Maßnahmen zur Stabilisierung der Einnahmen ergriffen. Die Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer sind zwar eine Belastung für BürgerInnen und Unternehmen, waren jedoch zur Stabilisierung der Einnahmen unverzichtbar. Mit der Umsetzung unseres Vorschlages einer Kulturförderabgabe auf Hotelübernachtungen hat der Rat ein neues Finanzierungsinstrument eingeführt, das die unsinnige Steuersenkung für Hotels teilweise wieder ausgleicht. Auch die Wiedereinführung der Parkgebühren ist nicht nur zur Verkehrslenkung sinnvoll – sie ist und bleibt auch eine wichtige Einnahmequelle.

Eine entscheidende Einnahmequelle der Kommune ist die Gewerbesteuer. Für die Stadt Osnabrück ist sie unverzichtbar. Wir fordern, dass sie zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer weiterentwickelt wird, in die

auch Freiberufler einbezogen werden sollen. Das vermeidet wirtschaftlich oft nicht nachvollziehbare Abgrenzungsprobleme und schafft faire Wettbewerbsbedingungen. Durch diese Elemente wird das Aufkommen auch weniger konjunkturanfällig. Ein Freibetrag soll vor allem kleine und mittlere Unternehmen entlasten.

Zudem müssen wir vor Ort neue Wege der Finanzierung erschließen, auch um Investitionen tätigen zu können, die der Stadt langfristig Geld sparen und gleichzeitig unseren städtischen Klimaschutz voranbringen. Hier schlagen wir die Einführung einer Bürgeranleihe vor, um die notwendige energetische Sanierung des Gebäudebestandes voranzutreiben. Die in Kooperation zwischen Stadtwerken und Volksbank äußerst erfolgreich platzierte Anleihe zur Mitfinanzierung der Windkraftanlagen auf dem Piesberg soll hierfür als Beispiel dienen. Mit diesem Angebot lassen sich bürgerschaftliches Engagement für Klimaschutz, finanzieller Nutzen für die AnlegerInnen und durch Senkung der Energiekosten für die Stadt kombinieren.

Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass zur Sicherung unserer Handlungsfähigkeit Einnahmemöglichkeiten ausgeschöpft werden, die städtischen Gesellschaften ihren Anteil an der Verbesserung der Finanzsituation übernehmen und dass bei den Ausgaben eine konsequente Konsolidierungspolitik auf der Basis der für die Stadtentwicklung notwendigen Prioritätensetzung erfolgt.

Darüber hinaus brauchen wir Reformen im finanziellen Verhältnis zwischen Stadt und Umland. Zahlreiche Einrichtungen in Osnabrück - von der sozialen Infrastruktur bis hin zu Kultureinrichtungen wie Theater und Zoo - werden zum erheblichen Teil von den BürgerInnen der Umlandgemeinden genutzt. Wir finden es ungerecht, dass der Landkreis sich im Verhältnis zur Stadt gerade mal mit 7,5 % an der Finanzierung des Theaters beteiligt, obwohl etwa die Hälfte der BesucherInnen aus dem Landkreis kommt. Daher fordern wir einen fairen Finanzausgleich zwischen Osnabrück und den Umlandgemeinden.

Für GRÜNE Politik und klare Mehrheiten sorgen!

Wir GRÜNE stehen für eine nachhaltige Finanzpolitik, die Verantwortung gegenüber der Lebensqualität der OsnabrückerInnen, dem Schutz der Umwelt und des Klimas und gegenüber kommenden Generationen übernimmt. Wir wollen in der neuen Ratsperiode klare finanzpolitische Schwerpunkte setzen. Dazu brauchen wir im Rat endlich eine klare Mehrheit. Also: GRÜN wählen!